

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Zeit und Welt' mit 'Einkaufs- und Reisegarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauentumme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einfac... 10 Pfennig, Ref... 4. Reichsmark, 'Kleine Anzeigen' das letzte... 10 Pfennig...

Einlesen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingelesen werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 20. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Zollwuchervorlage ist da!

Brotzölle! - Kartoffelzölle! - Futtermittelzölle! - Eisenzölle! - Unzulängliche Begründung durch die Minister. - Sozialdemokratischer Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Nach langem Zögern und Bangen hat die Regierung nun endlich die Zollvorlage dem harten Licht der Öffentlichkeit ausgeliefert. Noch vor wenigen Tagen bestritt sie, daß unsere Mitteilungen über den Inhalt des Gesetzes richtig seien.

Schleichenhafte Finanzprogramm dazu bestimmt ist, den Reichen noch mehr zu geben, um den Armen von ihrem Wenigen noch zu nehmen.

Es ist bezeichnend für den Geist, mit dem man an die Behandlung der Zollvorlage herangegangen ist, daß die Reichsregierung bis zum heutigen Tage sich noch nicht einmal einen Uberschlag über die aus den neu einzuführenden und aus den erhöhten Zöllen fließenden Einnahmen gemacht hat.

Getreidezölle und Handelsverträge.

Der Charakter der Getreidezölle als Mindestzölle macht sie von vornherein als Werkzeug für Handelsvertragsverhandlungen unbrauchbar. Aus diesem sachlichen Grunde muß dagegen schärfter Einspruch erhoben werden, daß die Getreidezölle überhaupt in der sogenannten kleinen Zollvorlage Aufnahme fanden.

Schlechte Verteidigung einer schlechten Sache.

Entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit sind gestern der Reichskanzler und zwei Minister, Reuhaus und Graf Ranitz, vor Vertreter der Presse getreten, um ihnen in aller Offenheit die notwendigen Erläuterungen zu dem Gesetzentwurf, der gestern an den Reichsrat gelangte, zu geben.

Als nun gar Graf Ranitz seine Zollvorlage begründete, stand der Geist seines Vaters händelringend hinter ihm. Stabile Getreidepreise erhofft der Minister, der vom Landbund in die Regierung einmarschiert wurde.

Das haben ihm seine Geheimräte vorenthalten. Graf Ranitz ging bei der Begründung der Zollvorlage davon aus, daß der deutsche Landwirt niemals sein Getreide so billig herstellen können, wie das überseeische Ausland mit seinen besseren Produktionsbedingungen.

Bei den von den Landwirtschaftskammern eingesendeten Musterwirtschaften wird der Reichsdurchschnitt der Hektarerträge um 100 Prozent überschritten, nicht weil mehr ausgewandt wird, sondern weil kein Geld unnützlich für veraltete Betriebsweisen ausgegeben wird.

Mit anderen Worten: Die deutsche Landwirtschaft ist durchaus in der Lage, mit dem gleichen Aufwand von Kapital und Arbeit aus dem gleichen Boden das Doppelte an Erträgen zu erzielen wie heute.

Kampf!

Das ist eine leichtfertige Wirtschaftspolitik. Die Arbeiterschaft wird sie bekämpfen, nicht nur weil sie billiges Brot will. Gerade die Massen der organisierten Arbeiter haben mehr als einmal gezeigt, daß sie wohl bereit sind, für den Erfolg ihrer Klasse sowohl wie für den Erfolg des Volksganzen Opfer zu bringen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern beschlossen, gegen die gesamte Reichsregierung einen eigenen Misstrauensantrag einzubringen, über den heute abend namentlich abgestimmt werden wird.

Nicht zum mindesten ist dieser Beschluß durch die neue Zolltarifvorlage bestimmt worden, die für die Gesamtpolitik der Regierung entscheidend ist.

Die Sozialdemokratische Partei stellt sich gegen die Regierung des Brotwuchers zum Kampf!

Die wichtigsten Zollerhöhungen.

Die Begründung der Regierungsvorlage arbeitet vorwiegend damit, daß sie die jetzt geltenden Zölle in Vergleich setzt mit den Sätzen des Bülows-Tarifs. Für die meisten Lebensmittel ist dieser Vergleich irreführend, da bisher fast dem vollen Lebensmittelpreis eingeführt werden konnten.

Das Privilegium der Großgrundbesitzer.

Wenn die Agrarier die seit jeher von der sozialdemokratischen Partei bekämpften Getreidezölle für sich verlangten, so taten sie das jedesmal mit dem Hinweis darauf, daß die Landwirtschaft nicht anders behandelt werden dürfe als die Industrie.

Die Zollsätze sollen durch vertragmäßige Abmachungen mit Wirkung bis zum 31. Juli 1926

Table with 2 columns: Item (Roggen, Weizen und Spelz, Gerste, Hafer) and Price (Reichsmark). Includes a note 'für einen Doppelzentner'.

herabgesetzt werden.

Die Getreidezölle sollen also nach wie vor Mindestzölle sein, die nicht abgeändert werden dürfen. So lange kein Handelsvertrag besteht, der die Kornzölle auf die Mindestsätze zurückführt, würden die sogenannten autonomen Sätze des Bülows-Tarifs in Kraft treten müssen.

Der Entwurf sieht außerdem die Aufrechterhaltung der Bestimmung des § 1 Abs. 2 des Zolltarifgesetzes über die bei Betragsverhandlungen einzuhaltenden

Maßstäbe

vor, abgesehen von der Minderung des Mindestzollfußes für Gerste. Danach dürfen die Zollfüße bei vertragsmäßigen Abmachungen bei Roggen nicht unter 3 M., bei Weizen nicht unter 5,50 M., bei Gerste nicht unter 2,50 M. und bei Hafer nicht unter 3 M. je Doppelzentner herabgesetzt werden. Durch diese

Auch Kartoffelzölle!

Der Entwurf bringt ferner den Vorschlag eines Zolles auch für Herbstkartoffeln. In der Vorkriegszeit waren nur Frühkartoffeln mit einem Zoll befaßt, da sie nur zu Preisen eingeführt werden konnten, die weit über den deutschen Kartoffelpreisen lagen, und infolgedessen vom Massenkonsum ausgeschlossen waren. Die deutsche Landwirtschaft hat aber mit Erfolg den Versuch unternommen, die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Kartoffeln wie in der Vorkriegszeit vom Ausland unabhängig zu machen. Die deutsche Bevölkerung kann schon heute aus deutscher Erde versorgt werden. Der Entwurf sieht einen Kartoffelzoll von 50 Pf. je Doppelzentner vor. Auch hier hat die Reichsregierung für die Zeit bis zum 1. Juli 1926 einen ermäßigten Uebergangszoll in Höhe von 25 Pf. für zweckmäßig gehalten. Für Fleisch wird die Wiederherstellung der allgemeinen Vorkriegszölle vorgeschlagen. Bei Gefrierfleisch, Speck und Wüchsenfleisch sieht der Entwurf mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der unter der allgemeinen Not schwer leidenden Verbraucher für die bereits mehrfach erwähnte Uebergangszeit bis zum 31. Juli 1926 ermäßigte Zollfüße vor und zwar für Gefrierfleisch und Wüchsenfleisch in Höhe von 20 M. je Doppelzentner (statt 45 bzw. 75 M.) und für Speck in Höhe von 24 M. (statt 36 M.).

Reben diesen drei von mir stizierten Hauptgebieten der landwirtschaftlichen Produktion sieht der Entwurf noch die Regelung weiterer landwirtschaftlicher Zollfragen vor, die insbesondere für die mittleren und kleindauerlichen Betriebe von größter Bedeutung sind. Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, daß in dem Entwurf auch die Fragen des Zollfußes für Gemüse, Obst, Gartenbau-erzeugnisse, Voller, Käse, Oele und Fette geregelt sind.

Der Minister betonte dann noch einmal nachdrücklich, daß die Regierung bei der Einführung der Agrarzölle nur das Wohl der Gesamtbevölkerung im Auge habe. Die Agrarzölle seien infolge der Geldentwertung in Wirklichkeit niedriger als die Vorkriegszölle.

Best bleibt!

Die Sozialdemokraten räumen ihr im Aufwertungsausschuß einen Sitz ein.

Durch den Austritt des Aufwertungssachverständigen Dr. Best aus der deutschen nationalen Fraktion ist dieser hervorragende Kenner der ganzen Aufwertungsprobleme um seinen Sitz im Aufwertungsausschuß gekommen. Er hat sich an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewandt, ob sie ihm für die Ausschussverhandlungen einen von den ihr zustehenden acht Sitzen überlassen wolle. Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, diesem Ersuchen nachzukommen. Es ist kennzeichnend für den Umschwung, der seit den Reichstagswahlen eingetreten ist, daß der erste Vertrauensmann der Aufwertungsgläubiger im Reich, Dr. Best, der von den Deutschen nationalen nur um des Stimmenzuges willen aufgestellt worden ist, sich an die Sozialdemokratie um Hilfe wenden muß, um im Aufwertungsausschuß zu Worte kommen zu können.

Im übrigen behalten Herr Dr. Best und die Sozialdemokraten im Ausschuß einander gegenüber volle Handlungsfreiheit.

Die Steuereinnahmen des Reichs.

Die Massenbelastung im April.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlichte soeben die Uebersicht über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben im Monat April. Diese Uebersicht bietet das übliche Bild: die hohen Erträge der Massensteuern laufen mit großer Regelmäßigkeit weiter. Das Aufkommen an Lohnsteuer beträgt 126 Millionen gegen 125 Millionen im Durchschnitt der letzten Monate. Die Zölle und Verbrauchssteuern brachten 148 Millionen wie in den beiden Vormonaten. Die Steuern der Massenbelastung insgesamt haben wieder 67 Proz. der gesamten Steuereinnahmen aufgebracht gegen 69 Proz. im Durchschnitt des letzten Rechnungsjahres.

Interessant aber ist, daß das Reichsfinanzministerium auch diesmal wieder die Voranschläge der einzelnen Steuern mit denselben Beträgen einsetzt wie während des Rechnungsjahres 1924/25, obgleich diese Zahlen durch die tatsächlichen Erträge längst überholt sind. In welche Maße gerade die Erträge der Massensteuern gestiegen sind, erkennt man erst dann, wenn man das Ergebnis des Monats April 1925 mit dem Ergebnis im April des vorigen Jahres vergleicht. Es kamen auf:

	im April 1925	im April 1924
	in Millionen Mark	
Lohnsteuer	126	79
Umsatzsteuer	187	156
Beförderungssteuer	28	18
Zölle und Verbrauchssteuern	148	98
Massenbelastung	437	346

Dieser Vergleich zeigt, daß das Aufkommen sowohl der Lohnsteuer wie der Zölle und Verbrauchssteuern gegenüber dem Vorjahr um 63 Proz. gestiegen ist. Nur der Ertrag der Umsatzsteuer ist um 9 Proz. gesunken, eine Folge der zweimaligen Ermäßigung dieser Steuer von 2 1/2 Proz. auf nunmehr 1 1/2 Proz. Insgesamt sind aus der Massenbelastung fast 100 Millionen mehr aufkommen als im gleichen Monat des Vorjahres.

Bei weitem nicht so günstig haben sich die Besitzsteuern entwickelt. Ihr Ertrag erreichte im Monat April 1925 216 Millionen, im April 1924 178 Millionen, also nur ein Mehr aufkommen von 38 Millionen. Von dem gesamten Mehrertrag der Reichsteuern im Monat April dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr von 129 Millionen stammen also 91 Millionen aus der Massenbelastung und nur 38 Millionen aus der Besitzbelastung.

Obgleich somit die Massensteuern weit mehr zu der günstigen Entwicklung der Reichsfinanzen beigetragen haben als die Besitzsteuern, sollen nicht sie, sondern die Besitzsteuern in erster Linie ermäßigt werden. Bei der Lohnsteuer haben die Regierungsparteien soeben im Steuerauschuß eine ganz unzulässige Ermäßigung beschlossen. Diese keine Erleichterung wird aber mehr als aufgehoben werden durch die beabsichtigte Verschärfung der Verbrauchssteuern. Tabak- und Biersteuer sollen erhöht werden, ebenso die Zuckersteuer. Bei den Besitzsteuern aber soll Einkommensteuer

und Vermögenssteuer weitgehend abgebaut werden. Dar- aus erklärt sich das Verfahren des Reichsfinanzministeriums, noch immer die alten Voranschläge einzusetzen.

Wenn der Landbund Geschäfte macht.

Ein neuer Landbundskandal.

Den vielen Landbundskandalen reiht sich jetzt ein weiterer an. Die von dem Vorsitzenden des Westerberger Landbundes, Herrn Hauptmann Gräfer-Reppen, aufgelegene und von der Zentralgenossenschaft des Landbundes seit etwa einem halben Jahr beauftragte Landbank in Reppen hat Konkurs gemacht. Zu verzeichnen ist eine in die Hunderttausende gehende Schuldsumme. Ueber die Umstände, die zu dem Zusammenbruch des Bankunternehmens führten, erfahren wir folgendes:

Die Landbank in Reppen wurde im Herbst 1923 gegründet. Ihre erste Tat war die Herausgabe eines sogenannten Landbundgeldes (Roggengeld). Mit diesem Geld wurde gewirtschaftet als wenn davon ein unerschöpflicher Vorrat vorhanden wäre. Es wurde ein Direktor angestellt, der ein Leben wie der Schatz von Persien führte. Er legte sich Automobile, Motorräder, Reitpferde, Diener, ja sogar einen landwirtschaftlichen Betrieb zum Preise von 120 000 Goldmark zu. Duhende seiner Freunde und Kompagnen teilten mit ihm das herrliche Leben. Pflücht wurde das Geld alle. So klug wie man sich dünkte, wußte man sich zu helfen, indem man die Zehnpennigscheine einfach zu Hundertpennigscheinen umwandelte. Auf diese Weise konnte man sich wieder eine Weile halten. Der Dalles sollte aber doch zum Vorschein kommen. Die Stadtbankinstitute von Reppen und Drossen, sowie die Kreisbank präsentierten der Landbank die von ihnen eingekaufte Landbundscheine mit dem Ersuchen, ihnen dafür ordentliches Geld auszuhändigen. Das konnte man nicht. Anstatt schon jetzt Konkurs zu machen, mißachte sich der Reichslandbund dazwischen. Er streckte Geld vor, setzte ein neues Direktorium ein und gestattete, daß die Bank weiterwirtschaften durfte. Jetzt ist, wie gesagt, die Pleite da. Das Bankunternehmen ist völlig ruiniert. Die Bauern und Kunden der Bank sind ihr Geld los und die Genossen müssen schwer büßen. Der noble Herr Direktor hat dagegen das Weite gesucht.

Diese Vorgänge bedeuten aufs neue die Methoden, mit denen heute im Landbund gearbeitet wird. Sie sind gleichzeitig aber auch eine Offenbarung für das Gerede dieser Leute von der „Reinigung des öffentlichen Lebens“. Zu bedauern sind nur die vielen kleinen Leute, die sich ahnungslos dem Landbund hingeben und sich von ihm das Fell über die Ohren ziehen lassen müssen. Was gedenken im übrigen die Regierungsteile zu den vielen Finanzskandalen zu tun, die die Landbundorganisationen in letzter Zeit verbrochen haben?

Wenn der Ordnungsblock regiert.

Ein Bürgerblock-Bürgermeister.

Aus Senftenberg (Niederlausitz) wird uns geschrieben: Seit dem 4. Mai 1924 herrscht im Senftenberger Stadtparlament mit unumschränkter Willkür der Ordnungsblock. Der Rechtsbeirat und der Stahlfabrikant Dr. Zahne vom Niederlausitzer Bergbauverein ist sein geistiger Führer. Vor der Wahl tief er in den bürgerlichen Zusammenhängen patetisch aus: „Das politische Leben mußte von sozialistischer Missetat und von Schiebern gereinigt werden. Ebenfalls mußte die Finanzpolitik in Senftenberg auf neue Grundlagen gestellt und bedeutende Steuererleichterungen für die Realsteuerzahler geschaffen werden.“

Daß in der Steuerfrage der Ordnungsblock großes Fiasko gemacht hat, ist bekannt, ebenso ist bekannt, daß durch die großzügige Finanzgebarung des Ordnungsblockes die letzte Substanz der Gemeinde, die Laugwiesen, verschleudert und den Interessen der Mitglieder des Ordnungsblockes geopfert wurden. Die Quittung für diese soziale Steuerpolitik wird bei den kommenden Gemeindevahlen nicht ausbleiben, denn der Ordnungsblock ist kurz vor seiner Auflösung! Von welchen Männern soll nun das „öffentliche Leben gereinigt“ werden. Anfang Mai wurde der neue Beigeordnete (unbesoldeter zweiter Bürgermeister) gewählt. Der Ordnungsblock wählte den Rektor Bräse, der aus Spremberg wegen Streitigkeiten mit seiner Gemeinde im Interesse des Dienstes nach Senftenberg versetzt wurde. In Nr. 67 der „Märkischen Volksstimme“ vom 20. März wurde unter „Gerichtliches“ aus Spremberg folgendes berichtet:

„Wegen Betrages fanden der Rektor Otto Bräse, jetzt in Senftenberg, und der Malermeister Johannes R. aus Glamen vor Gericht. Beide wurden beschuldigt, bei einem Hausverkauf resp. Hauskauf das Vermögen des Justiziskus wie auch dasjenige des Notars geschädigt zu haben, indem sie die wirkliche Kaufsumme viel niedriger in dem Kaufvertrag angaben. Inzwischen sind nun die beiden Freunde verurteilt, und durch diese Feindschaft hat sich dieses Strafverfahren entwickelt. Beide Angeklagten aufschuldigten ihr Verhalten mit der Inflation, welche auch diese Tat verursacht habe. Das Urteil lautete für beide Angeklagten auf 100 M. Geldstrafe und die Kosten.“

Dieser Bräse ist jetzt als 2. Bürgermeister gewählt, er ist zeitweilig Polizeierwähler und Wächter über die gesetzliche Ordnung. Kann ein Mann, der wegen Betrages angeklagt und verurteilt wurde, Hüter des Gesetzes und der Ordnung sein? Nach Ansicht des bürgerlichen Ordnungsblockes anscheinend, sonst hätte er ihn nicht gewählt!

Volkspartei gegen Strefemann.

Die Braunschweiger Regierungsparteien wünschen keine Unterstützung des Außenministers.

Braunschweig, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Braunschweigische Landtag beschloß sich am Dienstag in langer Aussprache mit dem Sicherheitsangebot der Reichsregierung. Die Abgeordneten Genossen Thiesmann und Steindreher kennzeichneten in ausführlicher Rede den Zusammenbruch der Währungs- politik der Regierungsparteien und brachten folgenden Antrag ein: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das vom Außenminister Strefemann von den früheren Regierungen übernommene Programm der Verständigungspolitik durchgeführt und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund angestrebt wird.“ Bei der Abstimmung stimmte die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft, in der die Regierungsparteien mit einem öffentlichen Abgeordneten vereinigt sind, geschlossen gegen diesen Antrag. Er wurde deshalb abgelehnt. Die Braunschweiger Volkspartei, die der Arbeitsgemeinschaft angehört, haben also in völliger Unabhängigkeit von den Deutschen nationalen gegen die Politik ihres Parteiführers und Außenministers gestimmt.

Verfassungsfeinde am Werk.

Der Rechtsblock wünscht Verfassungsänderung.

Am Haushaltsausschuß des Reichstags forderte der deutschnationale Abg. Berndt die Einsetzung eines 28gliedrigen Ausschusses, der alle verfassungsändernden Anträge beraten soll. p. Kardorff begrüßte die Wünsche nach Reform der

Beimarer Verfassung. Seltener siehe der § 76, der für Verfassungsänderungen eine qualifizierte Mehrheit fordert, dieser Verfassungsreform im Wege. Mit seiner Hilfe habe die Nationalversammlung dem deutschen Volke für Zeit und Ewigkeit die Verfassung ausgemessen. Wenn der Feind nicht mehr im Lande stehe, müsse auf dem Wege eines Referendums dieser undemokratische Artikel beseitigt werden.

Heute keine Botschafterkonferenz.

Frankreich und England noch nicht einig.

Paris, 19. Mai. (WZ.) Die Sitzung der Botschafterkonferenz, die sich morgen mit der Entwaffnungs- und Räumungsfrage beschäftigen sollte, ist, wie Havas berichtet, abgeblasen. Es sei noch kein völliges Einverständnis zwischen London und Paris erzielt worden.

London, 19. Mai. (WZ.) Reuters erfährt, daß das Sekretariat der Botschafterkonferenz zurzeit eifrig damit beschäftigt ist, die Gegenseite in der britischen und der französischen Fassung der geplanten Entwaffnungsnotiz an Deutschland auszugleichen. Das Ergebnis dieser Beratungen werde der Botschafterkonferenz spätestens in einer Woche vorgelegt werden, doch stehe der genaue Zeitpunkt noch nicht fest.

Zum Unglück auf Zeche „Dorfsfeld“.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Im Zusammenhang mit dem Grubenunglück auf Zeche Dorfsfeld stellt die sozialdemokratische Fraktion des Landtages folgende Fragen an die Preussische Regierung: 1. Auf welche Ursachen ist die angelegte Sprengstoffexplosion zurückzuführen? 2. Waren die im Sprengstoffmagazin und seiner Umgebung alle vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen getroffen? 3. Kann eine plausible Erklärung dafür gegeben werden, daß auf der 1000 Meter weiten Weglänge die Explosionsstichflamme trotz der angeblichen zahlreichen Gesteinstaubsperrern nicht erstickt wurde? 4. Wie ist es erklärlich, daß trotz der behaupteten Gesteinstaubsperrung die schreckliche Wirkung der Kohlenstaubexplosion eintreten konnte? 5. Sind in dem Steigerort, das von der Kohlenstaubexplosion betroffen wurde, alle gesetzlichen Vorschriften beachtet worden? 6. Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um der entsetzlichen Häufung von Massentatastrophen im Bergbau vorzubeugen? Die Fraktion will versuchen, diese Anfragen in einer der ersten Sitzungen des Landtages zur Verhandlung zu bringen und die Ueberweisung an den Unterausschuß des Ausschusses für Handel und Gewerbe beantragen, dem auch die Anfragen über „Minister Stein“ zur Beratung vorliegen, damit diese Arbeiten bei den Beratungen im Hauptausschuß Verwendung finden können.

Eine Niederlage Dr. Heims.

Nicht mehr Präsident der bayerischen Landesbauernkammer.

München, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bei der konstituierenden Sitzung der Bayerischen Landesbauernkammer, die kürzlich neu gewählt wurde, erlitt Dr. Heim, der Präsident der Bauernkammer seit ihrem Bestehen, am Dienstag eine unerwartete Niederlage. Mit 15 gegen 50 Stimmen der vereinigten Opposition unterlag er als Kandidat des Christlichen Bauernvereins gegen den Kandidaten des Landbundes Brieser, der zugleich deutschnationaler Landtagsabgeordneter ist. Dieses Ergebnis kam zustande durch das Zusammengehen der Bauernbündler mit dem Landbund. Als erster Vizepräsident wurde der Bauernbündler Rittermeier und als zweiter Vizepräsident Baron Pletten vom Landwirtschaftlichen Verein gewählt, so daß die große Bauernorganisation der Bayerischen Volkspartei im Präsidium der Landesbauernkammer überhaupt nicht vertreten ist. Diese Ausschiffung Dr. Heims hat in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei eine starke Aufregung hervorgerufen, deren Auswirkungen im Hinblick auf die immer kritischer werdende bayerische Regierungskoalition noch nicht abzusehen sind.

München, 19. Mai. (WZ.) In der Nachmittagsitzung der Landesbauernkammer gaben die aus der Gruppe des Christlichen Bauernvereins vorgesehene Mitglieder im Hinblick auf die Vorgänge in der Vormittagsitzung die Erklärung ab, daß sie die Wahl nicht annehmen würden.

Das Millionengeschäft.

Die „Ruhkredite“ vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Reichstagsausschuß zur Prüfung der an die Ruhrindustrie gegebenen Kredite hielt am Dienstag seine siebenste Sitzung ab. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums führte aus, daß nach dem Abkommen an den Ruhrüberbau auch die sogenannten unproduktiven Böden gezahlt worden sind. Auch bei völliger oder teilweiser Stilllegung der Bergwerke seien verhältnismäßig hohe Materialkosten zu decken. Eine partielle Kommission habe früher schon festgestellt, daß die gezahlten Entschädigungen nicht zu hoch seien. Ueber die Berechnung der Selbstkosten führte der Redner aus, daß sie sich zu 60 Prozent auf die Böden und zu 40 Prozent auf die Betriebskosten verteilten. Die Summe der gezahlten Entschädigungen decke sich mit den Herstellungskosten. Eine Lieberzahlung der Preise im freien Verkehr habe auf keinen Fall stattgefunden. Vorteile für die Vorbereitung der Förderung seien zwar entstanden, aber in dem Satz enthalten, der für die Materialkosten durch das Gutachten der partiellen Kommission zugestanden sei. Die nicht abzusehenden Halbenbestände seien an die Kohlenfinanzierungs-Gesellschaft bzw. das Reich verpfändet worden, wofür die Forderungen entsprechende Kredite erhielten. Diese verpfändeten Halbenbestände wurden mit durch die Befugungsbehörde angegriffen und als erprobte Reparationen weggeschafft, wofür die Forderungen wiederum Schadenersatzansprüche stellten. Daraufhin wurden die Befugungsansprüche des Reichs gegenüber den Forderungen ausgerechnet gegenüber dem Schaden, den die Forderungen durch den Wegwurf der Halbenbestände erlitten hatten. — Nächste Sitzung am 27. Mai.

Die Rache der Memelherrscher.

Romno, 18. Mai. (WZ.) Zu dem Attentat auf den sozialdemokratischen Sejmabgeordneten Warkelis, bei dem dieser schwer verwundet wurde, wird jetzt bekannt, daß er in mehreren Leben die litauische Krone heftig angegriffen und sie als eine Bande bezeichnet habe, welche fremdes Gebiet (d. h. das Memelgebiet) geraubt habe. Es wird vermutet, daß das Attentat im Zusammenhang mit diesen Angriffen steht. Bei der Feier des litauischen Nationalfeiertages in Romno erragte die Gruppe der aus Wilna ausgewiesenen Litauer Russen, die ein Plakat mit der Aufschrift „Auf nach Wilna!“ trug.

Neue Lohnsteuer ab 31. Mai. Der Steuerauschuß des Reichstags beschloß sich am Dienstag mit dem Steuerüberleitungsgesetz, das mit einigen Änderungen angenommen wurde. Die neue Lohnsteuer soll mit dem 31. Mai d. J. in Kraft treten. Am Mittwoch wird sich der Ausschuß mit dem Problem des sogenannten Verlustvortrags, der eiserne Bestände und mit der Forderung der Einkommensbesteuerung nach einem dreijährigen Durchschnitt beschäftigen.

Jedem Arbeiter sein eigenes Auto.

Ein Dozent der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Professor Dr. Georg Schlesinger, Sachmann der Fabrikation, insbesondere Spezialist auf dem Gebiete des Werkzeuges und der Werkzeugmaschinen, hat von Mitte August bis Ende November 1924 eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika unternommen. Ueber seine Erfahrungen berichtete er im Januar vor dem Reichsverband der Automobilindustrie; der Vortrag ist kürzlich auch als Privatdruck herausgegeben worden. Die bekannte Tatsache wird erneut bestätigt, daß der amerikanische Automobilbau dem deutschen gewaltig überlegen ist. Die amerikanischen Fabriken stellen im Jahre 4,5 Millionen Kraftwagen her, oder an jedem Tag im Durchschnitt 15000 Stück. Alle deutschen Fabriken zusammen genommen, etwa 90, brachten es im Jahre 1924 auf rund 30000 Wagen, also auf täglich 100 Stück. Man hofft in diesem Jahre auf 300 Wagen täglich zu kommen, im ganzen Jahre also auf 90000 Stück. Woher kommt diese Ueberlegenheit der amerikanischen Automobilindustrie, nicht nur in der Stückzahl, sondern auch in den weit niedrigeren Preisen, trotzdem

die Löhne vier- bis fünfmal so hoch sind als bei uns, und die Preise der Materialien zum mindesten nicht niedriger? Schlesinger erklärt sie aus der unvergleichlich besseren technischen Einrichtung, sowie aus der vollendeten Lösung der Materialtransportfrage in der Werkstatt. Hören wir, was der deutsche Sachmann, der vom Unternehmerstandpunkt urteilt, im einzelnen sagt:

Der amerikanische Fabrikarbeiter arbeitet nicht im mindesten mehr als der deutsche. Ein erheblicher Teil der Meister, Vorarbeiter und Werkzeugmacher, die Schlesinger in Amerika traf, waren Deutsche und noch nicht gar so lange drüben. Er verlangt eine Schonzeit für die deutsche Automobilindustrie von drei Jahren, um sie wieder wettbewerbsfähig machen zu können. In dieser Zeit hätten die kleinen Werkstätten zu verschwinden, die größeren Fabriken, die nicht ihre Einrichtungen vollständig erneuern könnten, müßten zusammengelegt werden oder ebenfalls sterben.

„Erfreut wird der Umstellungsprozeß“, so sagt Schlesinger weiter, „und der Konkurrenzkampf dadurch, daß die Lebensverhältnisse in Deutschland unter Berücksichtigung der billigeren Löhne etwa nur zwei Fünftel an Lohnsummen verlangen, wie in Amerika, und wenn die neunte Arbeitsstunde bleibt, daß wir wiederum um rund 10 Proz. billiger arbeiten als die Konkurrenz auf der anderen Seite.“

Dabei aber müge man folgendes überlegen: Das billige Ford-Auto kostet drüben nur 259 Dollar = 1200 Mark. Es ist vier Jahre brauchbar, für Betriebskosten und Abschreibungen sind 300 Dollar oder 1220 M. im Jahr zu rechnen. Was bedeutet das unter Heranziehung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter hier und dort? fragt Schlesinger. Und er gibt darauf die folgende Antwort: Der ungelernete amerikanische Arbeiter verdient im Durchschnitt wöchentlich 30 Dollar, der Gelehrte 50 Dollar, d. h. 1600 bis 2500 Dollar im Jahr, von denen er als einzelner mindestens 90 bis 100 Dollar nur für Straßenbahn und Eisenbahnfahrten jähr-

lich ausgeben muß. Bei drei Verdienern in der Familie sind die 300 Dollar für die „Ford“ bereits durch Ersparnis an Straßenbahn allein herausgemittelt, und nun hat der Arbeiter sein Auto wie der Bessergestellte und ist ein freier Mann! ... Der deutsche gelernte Akkordarbeiter verdient heute 1600 Mark jährlich, wie soll er in absehbarer Zeit an den Kauf eines Autos von 1200 M. denken; es reicht gerade zum Fahrrad für 100 M. Das wird für lange Zeit das „Fahrzeug“ des geplagten, verarmten Deutschen und nicht bloß des Arbeiters sein.

Als Schlesinger dem Generalsekretär Fords diese Rechnung machte, habe dieser müde gemeint:

„Da müßt ihr eure Arbeiter eben hoch genug bezahlen!“

Vorauß Schlesinger etwas von der deutschen „Schuldnerschaft“ murmelte. Unsere Verheißung in der Ueberschrift gilt also noch längst nicht für den deutschen Arbeiter. Die deutschen Automobilfabriken hatten bisher genug damit zu tun, um auf Kosten der Arbeiter ihre Kapitalien zu vermehren, die Preise für ihre Wagen hochzuhalten und nach Hochschußdissen zu rufen. Im übrigen befehlen sie es zumeist bei ihren rückständigen Produktionsmethoden. Einige der größten deutschen Automobilfabriken haben in ihrer Goldbilanz folgendes Aktientkapital festgelegt:

	1913/14	1924
Abletwerke	18,0 Mill.	25,46 Mill.
Spolkowerte	1,0	1,8
Benz	22,0	20,92
Daimler	8,0	26,36
Dürkopp	4,5	7,05
Fafnir	2,0	1,92
Hansa Lloyd	4,4	4,81
Mannesmann	2,0	5,0
Kardarfulm	8,6	8,01
Bresto	1,5	2,05
Wanderer	8,5	15,78

Hieraus und auch aus den Mitteilungen über die Abstoßung der Hypotheken- und Obligationsschulden sowie aus der Bemessung der Sachwerte ergibt sich, daß die deutschen Automobilindustrien ihre Substanz nicht nur erhalten, sondern zum Teil noch gewaltig vermehrt haben. Sie wären also sehr wohl in der Lage, mit beschleunigtem Tempo ihre Betriebs-einrichtungen auszubauen, um durch eine wesentliche Verbilligung ihrer Erzeugnisse den Bedarf zu heben und der amerikanischen Konkurrenz die Spitze zu bieten. Statt dessen wollen sie die Grenzen gegen die billige amerikanische Einfuhr noch dichter sperren, um in deren Schutz die alten Methoden des Bohndrucks und der überlangen Arbeitszeit anzuwenden zu können und dazu noch die feineren Betriebe im Inlande niederzukonkurrieren.

Die Arbeiter haben kein Interesse an der von Schlesinger geforderten „Schonzeit“ auf ihre Kosten; sie verlangen die Anpassung ihrer Löhne an das Niveau der anderen Industrieländer, damit das Wort „Jedem Arbeiter sein eigenes Auto“ nicht nur für die Vereinigten Staaten gilt, sondern auch für Deutschland seine Utopie bleibt.

seinen Verpflichtungen den ausgedienten Arbeitern gegenüber Platz zu greifen. Bei der letzten Bohnerhöhung am 1. März sind die Ruhegeldempfänger nicht berücksichtigt worden. Auf eine Eingabe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gab der Magistrat erst überhaupt keine Antwort, erklärte sich dann jedoch zu Verhandlungen bereit, die am Sonnabend vor sich gingen. Wie Genosse Polenske gestern in einer sehr stark beachteten Versammlung der Ruhegeldempfänger mitteilte, machte der Magistratsvertreter die Erhöhung der Ruhegehälter abhängig von der Zustimmung des Verbandes zu der Pensionskassenregelung, wie der Magistrat sie sich denkt. Dieses Diktum mußte um so mehr zurückgewiesen werden, als auch der ständige Jurist zwischen beiden Dingen keinen Zusammenhang konstruieren kann. Bemerkenswert ist, mit welchen Mitteln man versucht, die alten Leute um ihre paar Mark Ruhelohnaufbesserung zu bringen. Es ist einem pensionierten ungelehrten Arbeiter, der 30 Jahre lang der Stadt seine Arbeitskraft zur Verfügung stellte, wirklich zu gönnen, wenn sein monatliches Ruhegeld von 70 auf 88 M. erhöht wird.

Die Ruhegeldempfänger warten nun schon den dritten Monat auf die Erhöhung ihrer Bezüge; es wird Zeit, daß sie nun bald erfolgt. Die Versammlung beauftragte den Verband, sich an die Mehrheitsparteien der Stadtverordnetenversammlung zu wenden, falls in der zugesagten Frist keine befriedigende Antwort vom Magistrat eingelaufen ist.

Bezeichnend war die in der Aussprache gemachte Mitteilung, daß der Magistrat den Ruhehohn herabsetzt, sobald Invalidenrente und Ruhehohn zusammen mehr als 100 M. im Monat ausmachen.

Mißglückte Nothilfe für die Technische Nothilfe.

Unter den Nothelfern für die Lebensrettung der „Leno“ darf natürlich der „Berliner Lokal-Anzeiger“ nicht fehlen. Das Hugenbergblatt bemüht sich um den Nachweis, daß die „Leno“ ein lebensnotwendiger Betrieb sei. Dies werde insbesondere durch den Streit bei der Meierei Bolle im März bewiesen, wo die Nothstandsarbeiten nur in unvollkommenem Maße ausgeführt worden seien, so daß die „Leno“ ihre staatsverhaltende Tätigkeit aufnehmen mußte. Mit dem „Lokal-Anzeiger“ darüber zu streiten, was „Nothstandsarbeiten“ sind, wäre zwecklos. Doch wie wenig die Meierei Bolle als „Lebens-

wichtiger Betrieb“ anzusprechen ist, mußte der „Lokal-Anzeiger“ damals wider Willen beweisen. Er hatte sich zum Sprachrohr des Nothkreises einer „verzweifeltsten Mutter“ gemacht, die ihr Kind ohne Bollemilch verhungern sah. Eine Zuschrift der Milchhändlervereinigung, die er daraufhin bringen mußte, sagte sogar über Milchüberfluß. Die Händler versicherten, daß sie in der Lage seien, die Milchversorgung Berlins allein, ohne Bolle, zu sichern. Tatsächlich vertrieb Bolle damals von rund 800000 Litern Milch, die täglich nach Berlin kamen, nur etwa 75000 Liter. Zu allem Unglück für Bolle und den „Lokal-Anzeiger“ hat dann auch noch das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin in einer amtlichen Verkaufsbearbeitung nichts „Lebenswichtiges“ an Bolle entdecken können und die amtliche Milchverorgungsstelle stellte sich auf den gleichen Standpunkt.

Mit dieser Nothilfe für die „Leno“ ist es also nichts. Es wird dem „Lokal-Anzeiger“ schwer fallen, sonst etwas Stützbares für die „Leno“ anzuspüren. Für die Gewerkschaften und die in ihnen organisierten Arbeiter aber ist gerade das Eintreten des Hugenberg-Unternehmerblattes für die „Leno“ ein besonderer Anlaß, dafür einzutreten, daß die „Technische Nothilfe“ unverzüglich abgebaut wird.

Der Streik der Schwerfuhrwerker beendet.

Der wegen Differenzen bei der Ueberstundenbezahlung in Neufölln hervorgerufene Streik der Schwerfuhrwerkskutscher konnte erfolgreich beendet werden. In den Verhandlungen zwischen den Fuhrherren und dem Verkehrsbund erklärten sich die Unternehmer zur Zahlung der Ueberstunden ab 9. Mai bereit.

Mützung, Bauarbeiter!

Der vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter vorgeschobene „Betriebsräteauschuss“ sammelt auf den Baustellen angeblich für gemahregelte Kollegen. Unsere Beitragsleistung setzt den Baugewerkschaftsbund in den Stand, seine gemahregelten Mitglieder in vollem Umfang zu unterstützen. Diejenigen Organisationsmitglieder, die mit niedrigeren Beiträgen Mitgliederschaft treiben, mögen ihre Beiträge so erhöhen, daß sie nicht nötig haben, bei andersorganisierten beizugehen. Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter hat erst kürzlich einen Antrag auf Erhebung von Extrabeiträgen zur Stärkung des Kampffonds abgelehnt. Jetzt sollen scheinbar die „Reformisten“ den revolutionären Karren kotmachen. Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich an solchen Sammlungen nicht zu beteiligen.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin.
Der Vereinsvorstand.

„Eine Blüte des Antreiber-systems“.

Zu der Kritik mit dieser Ueberschrift in Nr. 227 des „Vorwärts“ geht uns von einem Parteigenossen, der gleichfalls im Betrieb arbeitet, eine Darstellung über das Vorkommen mit dem „Autoplast-Pfalter“ zu, wonach der ganze Vorfall nicht allzu tragisch zu nehmen sei. Es sei ein allerdings recht überl. Witz gewesen. 150 bis 160 junge Mädchen, größtenteils im Alter von 14 bis 16 Jahren, arbeiten in einem Raum. Da keine Maschine läuft, liegen die Bureau-räume dicht daneben, weshalb Wert darauf gelegt wird, daß nicht allzuviel geklämt und gelungen wird. Das betreffende Mädchen, das trotz Abmahnung an jenem Tage, der übrigens schon mehrere Wochen zurückliegt, fortwährend lärmte, obwohl nebenan eine wichtige Konferenz stattfand, konnte daraufhin entlassen werden. Das wollte gerade die Vorsteherin verhindern. Es ist übrigens auch ein Anschlag der Direktion im Raum, wonach jedes Lärmen und Singen verboten ist.

Die Betriebsleitung von Brödnern Ramold ist nach allem zu empfehlen, die Trennungswand zwischen Arbeits- und Bureauraum schleunigt abzubauen zu lassen und ihren Anschlag, der dann überflüssig ist, zu entfernen. Dabei kann zugleich der Notwendigkeit nach Verbesserung der Garderoben- und Speiserräume gefolgt werden. Die Firma muß schon damit rechnen, daß, wenn sie so viele Kinder in einem Räume zusammengepfercht beschäftigt, es etwas lauter zugeht als in ihrem Bureauraum.

Tariffkampf in der Nordsee-Feringsfischerei.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer legte am Montag die gesamte Feringsfischerei in der Nordsee still. Der Kampf geht um den Abschluß eines Tarifvertrages. Die Unternehmer verweigern, die Organisation anzuerkennen und mit jedem einzelnen Maschinisten einen Privatvertrag abzuschließen. Dabei hatten sie die Kühnheit, einen Wochenlohn für Maschinisten mit Patent von 19 M. und ohne Patent von 17 M. anzubieten. Der Heizer soll 15 M. in der Woche verdienen. Selbstverständlich erklärte sich das gesamte Maschinistenpersonal der Feringsfischerei mit einem solchen Angebot nicht einverstanden. Der Kampf wird geführt werden, bis sich die Unternehmer zu menschenwürdigen Löhnen bequemen und wie bisher die Organisation als gleichberechtigten Faktor beim Abschluß von Tarifverträgen anerkennen.

Kranführer und Anbinde aus allen Berliner Metallbetrieben!

Sonnabend, den 2. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Gemeinschaftshaus, Charlottenburger Platz 10, 2. Stock, Zimmer 4, wichtige Versammlung. Da außerordentlich reichhaltige Tagesordnung zur Behandlung steht, ist das Erscheinen aller Kollegen bestimmt notwendig. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter werden ersucht, bis in ihren Betrieben nötigen Kranführer und Anbinde auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Deutscher Verkehrsband, Seilium 7.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Wilh. Kober; Gewerkschaftsbewegung: Felix Glatz; Kultur: Dr. John Schönbach; Sozial- und Sonstige: Fritz Korbelt; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Gust. Sinner u. Co., Berlin 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen aus „Nutzhaltung und Wille“.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Siebente Internationale Arbeitskonferenz wurde am Dienstagvormittag um 11 Uhr eröffnet. Von den 56 Mitgliedern des Arbeitsamtes sind 42 Staaten mit 308 Delegierten und Sachverständigen vertreten. In seiner Eröffnungsansprache begrüßte der Vorsitzende des Vervollständigten Fontaine-Frankreich die Versammlung und entwickelte das Arbeitsprogramm der Tagung. In erster Leistung wird ein Entwurf über die Einführung einer Sozialversicherung diskutiert werden. Auf gemeinsamen Vorschlag der Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde dann der ischscholomatische Außenminister Benesch einstimmig zum Präsidenten der Konferenz gewählt, der in seiner Ansprache des verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten Hjalmar Branting gedachte, der im Vorjahre Präsident der Arbeitskonferenz war.

In der Nachmittags-sitzung kam es zu einem Zwischenfall. Der Vertreter der faschistischen Gewerkschaften, Rossini, protestierte gegen eine Abstimmung der Arbeitnehmervertreter, die mit 26 Stimmen gegen eine Stimme, seine eigene, die Wahl des faschistischen Vertreters in den Arbeitsauschuss abgelehnt hatten. Rossini behauptete, daß dieser Beschluß parteiisch, eine Vermischung politischer mit sozialen Aufgaben und absolut unzulässig sei. Er drohte, falls dieses Verfahren beibehalten werde, mit seinem Rückzuge von der Konferenz. Es verlautet, daß die italienische Delegation Order erhalten hat, gegebenenfalls durch Verlassen der Konferenz gegen die ihr nicht genehmen Beschlüsse zu manifestieren. Auf Vorschlag des belgischen Arbeitgebervertreter Carlier wurde dann die Tagung geschlossen und eine neue Sitzung auf Mittwochvormittag festgesetzt. Die Konferenz wird wahrscheinlich bis zum 6. Juni tagen. Benesch verläßt schon am Freitag die Konferenz, weil er nach Prag zu wichtigen Regierungsgeschäften abgerufen wird. Er wird erst am 1. oder 2. Juni zurückkommen, um die Schlußsitzung der Konferenz zu leiten.

Das Ruhegeld der städtischen Arbeiter.

Die Regelung der Ruhegeldbezüge für die städtischen Arbeiter erfolgte bisher stets nach Maßgabe der Vohrregelungen für die im Dienst stehenden Arbeiter, so wie es das Ortsstatut vorschreibt. Beim Magistrat scheint neuerdings eine andere Auffassung von

Plakat-Wettbewerb der Volksfürsorge

Zur Erlangung von Entwürfen für zwei Werbeplakate, die in Verkehrslökalen usw. zum Aushang kommen sollen, schreiben wir hiermit einen öffentlichen Wettbewerb aus. Nach Möglichkeit soll der Gedanke der Volksfürsorge zum Ausdruck gebracht werden, doch wird der Auswirkung der Ideen keinerlei Beschränkung auferlegt, auch werden reine Schrittplakate zugelassen. Die Entwürfe können bis zu vier Farben aufweisen.

Für Preise kommen 2000 Mark zur Verteilung; außerdem behalten wir uns vor, weitere Entwürfe zum Betrage von 100 Mark anzukaufen.

Das Preisgericht setzt sich zusammen aus den Herren:

L. Lessen, Redakteur von „Volk und Zeit“, Berlin

H. Junge, Leiter der Malereigesellschaft, Hamburg

R. Junger, Vorstandsmitglied der „Volksfürsorge“

Prof. R. Meyer, Direktor der Staatl. Kunstgewerbeschule, Hamburg

Fred Hendrick, Vorsitzender des Bundes Deutscher Gebrauch-graphiker, Ortsgruppe Hamburg

Paul Helms, Oberlehrer an der Staatl. Kunstgewerbeschule, Hamburg.

Entwürfe, deren öffentliche Ausstellung erfolgen soll, sind bis zum 25. Juli 1925 ungerollt einzuliefern. Die weiteren Bedingungen wolle man von uns abfordern.

Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg 5.

Der Vorstand.

Die Frage der Jugendaufklärung.

Deutschnationale Angriffe in der Stadtverordnetenversammlung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung richteten gestern die Deutschnationalen an den Magistrat eine Anfrage wegen der im Verwaltungsbezirk Reinickendorf vom Stadtarzt Dr. Hodann betriebenen Aufklärung der Jugend über das Geschlechtsleben. Der deutschnationale Stadtverordnete Dr. Kirchner, ein schon reichlich ällicher Herr, verließ sich zu der Ueberzeugung, er selber sei als Student der Medizin durch seine Universitätslehrer fast nicht so weitgehend über manche von diesen Dingen belehrt worden, wie jetzt die Jungen und Mädchen durch Dr. Hodann. Für den Magistrat gab der neue Stadtmedizinalrat Dr. von Drigalski eine Auskunft, die den Deutschnationalen merklich das Konzept verbarb. Zu einer Besprechung kam es nicht, weil sich hierfür keine Mehrheit fand.

Die gestrige außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten, die erst gegen 1/7 Uhr begann, nahm zunächst Kenntnis von einem Dringlichkeitsantrage unserer Genossen, der den Magistrat ersuchen will, dafür zu sorgen, daß die in Berlin vorhandenen Trinkbrunnen unverzüglich in Betrieb gesetzt werden, und für die dazu erforderlichen Mittel der Versammlung eine Vorlage zu lassen. Die Dringlichkeit wurde nicht beanstandet, der Antrag ging an den Haushaltsausschuß. — Die Deutschnationalen hatten in einer am 7. April eingereichten Anfrage das Verhalten des Stadtarztes Genossen Dr. Hodann in Reinickendorf bei dem in der XX. Volkshilfsbildungslehre eingerichteten hygienischen Kursus zum Gegenstand einer Beschwerde gemacht. Nach dem Wortlaut der Anfrage hat Dr. Hodann in einem für beide Geschlechter bestimmten Unterricht gewisse sexuelle Fragen behandelt. Der Deutschnational Dr. Kirchner hält im Interesse der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auch seinerseits sexuelle Aufklärung der heranwachsenden Jugend für notwendig, doch müsse dies in dezenter, vorzüglicher Weise geschehen. Daher dürfe dieser Aufklärungsunterricht nur von Persönlichkeiten erteilt werden, die Gewähr dafür bieten, daß unsere Jugend nicht vergiftet wird. In Reinickendorf habe der Evangelische Elternbund Protest gegen den 16-jährigen Stadtarzt erhoben. Dr. Hodann habe unter Beifügung von Abbildungen den Knaben und Mädchen von 15 bis 17 Jahren die Geschlechtsorgane in so detaillierter Weise dargestellt, „wie wir als Mediziner es kaum auf der Universität gehabt haben“ (Helierfeld); nachher habe er mit den Knaben und Mädchen gemeinsam eine Aussprache abgehalten. Die Mittel zur Verhütung der Empfängnis habe er eingehend erörtert, und auf die aus Elternkreisen erhobene Vorstellung, diesen Unterricht etwas zu ändern, habe er erwidert, er trage die Verantwortung. Ebenso sei er im Unterricht und in seinem Buche gegen das Christentum aufgetreten. Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski stellte fest, daß Dr. Hodann verwarnt und ihm dann der Unterricht entzogen sei. Er habe mit Dr. Hodann eine Unterredung gehabt, in der dieser eine Reihe von Verfehlungen zugegeben habe. Die Gefahren der Gonorrhoe und Syphilis gingen den Arzt an, und es müsse alles geschehen, um die Jugendlichen vor den schlimmen Gefahren der Geschlechtskrankheiten zu bewahren;

besonders verfehlt war es aber, derartige heikle Thematik gemeinschaftlich vor den Halbwitzen beider Geschlechter zu behandeln. Mehr als bisher müsse auf diese Gefahren zu der Zeit hingewiesen werden, wenn das Kind aus der Schule abgeht, um ins Leben zu treten. Wie habe man einem so jungen, temperamentvollen Knaben von 27 Jahren, der die ganze Kriegszeit hinter sich habe, eine so schwere Aufgabe stellen können, nur der alte, erprobte Spezialist zittern? Künftig werden diese Vorträge ganz planmäßig in vorzüglicher Form erfolgen, vorher eine Elternversammlung einberufen und ihr vom Vortragenden dargelegt, was er mit den Kindern vor hat; das Mitbestimmungsrecht der Eltern wird also durchaus gewahrt, und die Vorträge werden nur von solchen Ärzten gehalten, die das verstehen. (Lebhafter Beifall.) Die beantragte Besprechung fand nicht die erforderliche Unterstützung durch 15 Mitglieder; die Sache war damit erledigt.

Die Vorlage betr. den Ausbau des östlichen Teiles des Tempelhofer Feldes zu einem Spiel- und Sport-

platz ging an einen Ausschuß, die speziellen Entwürfe zum Neubau einer zweiten Fleischgroßmarkthalle und eines Kühlhauses an der Landsberger Allee wurden dem Haushaltsausschuß übermiesen. Die Beihilfe von 25 000 M. und eines Darlehens von 30 000 M. an das Augustahospital wurden bewilligt, ein Antrag der Kommunisten auf Übernahme des Hofpitals in den städtischen Betrieb abgelehnt. — Am 26. Februar haben unsere Genossen beantragt, gegen den dem Reichsrat zugegangenen Gesetzentwurf über die

gegenseitige Besteuerung des Reichs, der Länder und Gemeinden energisch einzutreten, da seine Annahme eine schwere neue Belastung der Stadt Berlin und der Berliner Bevölkerung bedeuten würde. Gen. Reuter: Die im Antrag berührte Frage hat inzwischen in dem Steuerbüreau des Reichsfinanzministers v. Schlieffen und im Entwurf des Finanzausgleichs eine Behandlung gefunden, die die Zweckmäßigkeit einer Besteuerung hier in Zweifel stellen könnte. Es scheint aber doch bei dem rein kapitalistischen Charakter jener Entwürfe und angesichts der Argumente der Begründung „abototen, auch in der Versammlung dazu Stellung zu nehmen. In den Entwürfen war auch die Besteuerung der kommunalen Betriebe in Aussicht genommen, und nach der Bearbeitung eine sehr starke Belastung, die für Berliner Unternehmungen hunderte von Millionen betragen hätte, bis auf die Steuerzahler überwälzt würden. Die Vorlagen sind von dem heute gänzlich absehbaren antisozialen Geiste getragen; einstweilen hat ja der Reichsrat diesen Auswuchs der neuen volkswirtschaftlichen Richtung bekräftigt, aber es ist durchaus denkbar, daß die Führer der Deutschnationalen und der DVP. versuchen werden, ihre Anhänger zu veranlassen, diese städte- und kulturfeindliche Maßregel doch in das Steuererhebungswesen hineinzuschmuggeln. — Herr v. Eynern (DVP.) regte sich sehr über die Rechtsungleichheit auf, die darin liege, daß die kommunalen gewerblichen Betriebe steuerlich gegenüber den privatrechtlichen betriebenen Unternehmungen privilegiert werden bzw. bleiben sollen. — Stoll (Komm.) konnte natürlich nicht umhin, auch hier die Sozialdemokratie für alles und noch einiges andere verantwortlich zu machen. Die Abstimmung wurde ausgefällt.

Am 2. April hat der Magistrat die Versammlung wissen lassen, daß die Verbände der Orts- und Betriebskrankenkassen sich gegen die von der Versammlung gewünschte Erhöhung des von ihnen zu tragenden Teils der Selbstkosten der Stadt für die in den städtischen Krankenhäusern verpflegten Rassenmitglieder ablehnend verhalten haben, nachdem dieser Satz schon vorher auf 75 Proz. heraufgesetzt worden ist. Die Kosten haben die innerhalb der 75 Proz. notwendig gewordene allgemeine Erhöhung des Kurkostenfußes von 4,80 Mark um 30 Pf. auf 5,10 Mark ab 1. März 1925 auch für sich anerkannt. — In der Aussprache hierüber vertrat Dr. Kirchner (Dnat.) wieder seinen alten Standpunkt, daß die Kosten zum Erlaß des vollen Kurkostenfußes verpflichtet seien; der Versuch, diese Erhöhung auf 100 Proz. durchzusetzen, sei zwar im Ausschuß abgelehnt worden, werde aber im Plenum wiederholt werden. Genosse Thurm trat dem deutschnationalen Redner entgegen, denn er u. a. behauptet, daß nach heute sehr namhafte Ärzte auf dem entgegengesetzten Standpunkt ständen, die Unentgeltlichkeit der städtischen Krankenverpflegung zu verlangen. Die Vorlage wurde schließlich zur Kenntnis genommen. Gegen 1/10 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung erst nach den Pfingsttagen.

Warnung vor einer Schwindlerin. Immer wieder werden im Bezirk Kreuzberg von einer Schwindlerin Betrügereien an beschuldigt unterförmige Personen — Sozialrentner, Kleinrenter, Kriegshinterbliebene — verübt. Die Schwindlerin tritt sehr gewandt auf. Sie gibt an, „im Auftrage der Fürsorgestelle“ zur Einziehung von Beiträgen bzw. zur Entgegennahme von Bestellungen auf Holz, Kohlen und Kariofilen beauftragt zu sein. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß weder Fürsorgeämtern noch andere Personen zur Einziehung derartiger Beiträge abgeordnet sind, und daß vor allem sämtliche im Dienste des Bezirksamtes stehenden Personen mit Ausweisen versehen sind.

Der Bootswirt.

Die Zahl der Einzelrunder und Einzelsegler, die sich keinem Verein anschließen haben, überwiegt bei weitem die der Vereins-Wasserparcys. Bei dem riesigen Aufschwung, den in den letzten fünf Jahren die Ruderei und Segerei auf den Spree- und Havelgewässern genommen hat, ist es daher immer schwieriger geworden, noch im Bereiche Groß-Berlins oder doch nicht allzu weit von seinen Grenzen entfernt ein geeignetes Unterkommen für Boote aller Art, auch für Motorboote, zu finden. Den jungen Leuten, die in der Wahl ihrer Eltern vorsichtig waren, fällt der gemeinsame Erwerb eines Wassergrundstücks und der Bau eines eigenen komfortabel eingerichteten Bootshauses nicht schwer. Organisierte Arbeitssportler können die Sehnucht nach dem Eigenheim am Wasser gewöhnlich erst nach Jahren stillen und sind dann schon froh, eine geräumige Bootsgarage mit einem bescheidenen Gartensplätzchen, das geschickte Hände bald verschönen, ihr eigen zu nennen. Alle übrigen, nach Tausenden zählend, gehen auf die Suche nach dem Bootswirt, der aus dem Unterstellen der Boote ein einträgliches Gewerbe macht. In Spree und Havel sowie an den märkischen Seen gibt es schon hunderte solcher Bootswirtshäuser, die meist von Gastwirten erbaut sind und gleichzeitig ohne gegenseitige Behinderung oft mehrere hundert Boote in allerdings sehr engen Bogen neben- und übereinander aufnehmen können. Auch für Anfahrteräume, möglichst sichere Kleiderkammern und nützliche Bemannung ist natürlich gesorgt. Von anfangs sehr einfachen Einrichtungen geht man jetzt vielfach schon zum massiven Ausbau der Schuppen und zur Schaffung von Nachtquartieren über. Der Ruderer und Segler, der nicht einem Verein angehört, macht im allgemeinen während der Sportbetätigung keine großen Ansprüche und ist während der Nacht mit einer schmalen Koje, zur Not schon mit einer Hängematte zufrieden. Die Schote bleiben hier auch während des Winters und halten mit der Riete, die monatlich je nach der Größe des beanspruchten Raumes und etwa gebotener Bequemlichkeiten fünf bis zwanzig Mark beträgt, den sonst in der Hauptsache auf das Sommergeschäft angewiesenen Gastwirt über Wasser. Zur rechtlichen Sicherung werden regelrechte Mietverträge abgeschlossen. Das ist nötig, weil es gar nicht so selten vorkommt, daß ein Bootsbefitzer verdrückt und sich anderwärts niederläßt. Der Bootswirt stellt auf seine Kosten den Nachtwächter und sorgt für die Unterhaltung der Ankerstellen, soweit nicht schlüssige Beschädigungen stattfinden. Auf allen größeren Rietplätzen dieser Art sitzt ständig auch ein Bootsbauer, der mit Reparaturen reichliche Arbeit hat. Eine Wichtigkeit, die noch fehlt, hat man bei dem kürzlichen Brande eines großen Bootschuppens in Schmöckwitz, der mehrere hundert Boote vernichtete, erfahren. Nur wenige Boote waren versichert. Da hat man vielleicht jahrelang Mark auf Mark gelegt, bis die Summe zum Erwerb eines Bootes beisammen war, aber man denkt nicht daran, daß die Natur neben ihren Schönheitswundern auch ihre Schrecken hat, die uns ohne weiße Berechnung aller Möglichkeiten in wenigen Minuten kostbaren Besitz zu rauben vermögen.

Rehabilitierung eines Arztes.

Vor der Strafkammer die gänzliche Schuldlosigkeit erwiesen.

Von einem harten Schädelstich war der praktische Arzt Dr. Grohmann betroffen worden, der wegen schuldiger Leistung und Untreue angeklagt und vom Schöffengericht zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus bei sofortiger Verhaftung angeklagt worden war. Obwohl die Haft bis zur Entscheidung der Strafkammer durch Stellung einer Kaution von 10 000 M. später von dem Bezugsreifen abgemindert worden war, hatte Dr. Grohmann, ein schon bejahrter Mann, infolge des Urteils einen vollständigen Stillstand seiner Praxis zu verzeichnen. In diesem Falle erwies sich die durch die Justizreform geschaffene Möglichkeit einer Berufung als ein wahrer Segen. Früher wäre gegen das Urteil nur eine Revision beim Reichsgericht ohne nähere materielle Prüfung des Sachverhaltes möglich gewesen. Die gestern stattgegebene Verhandlung vor der Berufungskammer des Landgerichts I ergab die völlige Schuldlosigkeit des Angeklagten und Dr. Grohmann wurde, nachdem das Gericht zahlreiche Sachverständige unter Führung von Geheimrat Professor Dr. Dürissen angehört hatte, und nach eingehender Beweisaufnahme, die ein ganz anderes Bild ergab, auf Kosten der Staatskasse, entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts, freigesprochen.

Schnod.

Ein Roman von See und Sumpfen.

Von Soend Fleuron.

(Aus dem Dänischen von Thyra Jaffstein-Döhrenburg.)

Der eine Teil des Grundes, der den Biel bildete, war ein pflanzenreiches, stark hügeliges Land. Langgestreckte Bergkuppen, mit Wasserläufen bewachsen und von mehrheitlich rundstängeligen Gräsern bewachsen, hoben sich in parallel laufenden Ketten in den See hinein, entsprechende Strecken breiter, tiefer Täler gleichsam umflüßend. Hier und da schnitten steile Engen ein — wahre Pässe — durch die die Fischschwärme sich wagen mußten, wenn sie von der einen Welde zur anderen wollten.

Sie schwamm dicht unter der Wasseroberfläche und durchsuchte mit Interesse die wechselnde Landschaft auf dem Untergrunde und all das Unbekannte und Seltsame, das vor ihren Augen auftauchte. Wie genoh sie es, so nach Herzenslust sich zu tummeln und die Flossen um sich schlagen zu lassen!

Sie erreichte ein steinernes Riff und schwamm über eine Gruppe hoher, steiler und wilder Berge, die sich mit ihren zerrissenen, bald steilen und nackten, bald waldbewachsenen Hängen aus dem schwarzen Erdreich des Schlammes erhoben. Die Berge waren voller tiefer Klüfte, und das Eis der Winter hatte hunderterte hindurch, wenn es sich bis auf den Grund hinabreichte, Spalten und Risse hineinschlagend, die Spigen von den Auppen gehobelt und so gewölbte Zinnen, oft geradezu Hochebenen gebildet.

Rings aus diesem steinernen Band mit seinen vielen verschiedensten Einschnitten und scharfen Ecken ragten felsam aussehende Zinkenstümpfe, einer neben dem anderen, hervor. Einige endeten in einem Griff, andere wieder fächerförmig mit einem kürzeren und längeren Schweiße um sich. Im Laufe der Jahre waren sie drohen aus der anderen Welt herabgesunken. . . es waren verlorengegangene Bootsbaken und Anker, die sich unrettbar festgebissen hatten: das Steinriff war nämlich ein guter Ankerplatz.

Es gab auch viele Krebse im See, und während sie behin-schwamm, sah sie sie von der Vogelperspektive aus umherwandern; sie schlüpften sich nach allen Richtungen hin über den Seegrund weiter, mühselig seine Kilometer in Krebschritten messend.

In einigen Stellen bildeten sie ganze Städte — und in den senkrechten Böschungen des Steinriffs nach der Tiefe zu hatte ein großes Kressvork sich angefüllt. Es fielen ihr hier einige Exemplare auf, die größer schienen, als ihr lieb war; sie lagen zwischen den Steinen oder drinnen in der Tiefe des Urmaltes, lauernd und abwartend, bis sie ihre Fische mit der tobdringenden Schere fassen konnten. Oder sie jagten rückwärts durch das Wasser mit weit von sich gestreckten Scheren und Fühlhörnern; ruckweise ging es weiter mit schwellendem Schwanz. . . hätten die Strömungswellen, die sie verursachten, Schnod nicht beizeiten gewarnt, so wäre sie alle Augenblicke ihnen blindlings in die Scheren geraten.

Von dem Steinriff gelangte sie weiter über eine große, öde Sandebene, auf der die Würmer in Ringeln helleinander lagen, die Leichenschalen in Kolonien. Auch auf einige genügsame fäulende Pflanzen mit Schwimmglocken stieß sie, die sich Strömungen und Wellenschlag fügen konnten; was ihr aber am meisten auffiel und am stärksten die Einförmigkeit unterbrach, das waren die Skelettreste — von Tieren, Booten und einzelnen Menschen —, die ringsum verstreut lagen.

Wo die Sohle des Steinriffs sich noch unter dem Sande weiter erstreckte und nichts ganz bis auf den Grund gelangen konnte, sah sie diese langsam vergehenden Reste der Meteorite aus der Luftwelt liegen, weißgelblich und rein wie auf einem Tablett. Die Augenhöhlen der Schädel hatten die Krebse sich zu Hütten erkoren, wo sie nach langen Reisen über diese gefährlichen Wüsteneien der Ruhe pflegten, und die Barsche lauerten in den Brustkästen, die vergitterten Fenstern glühen, klügelig Nutzen aus den Schatten der Rippen ziehend.

Aber weiter draußen, wo die Strömung und Sandtreiben wechselweise die Oberhand hatten, wurden die Dinge unobachtig freigelagt und wieder vergraben. Und inmitten der Büste, wo der Flugfand heimisch war, ragte aus den Dünenbergen hier ein Armstumpf, dort ein Knochen, die Stirn eines Schädels mit einem mächtigen Geweih oder ein Bootsflecken empor. Schließlich schloß die Wüstenei mit einem ganzen Skelettriff ab: es waren die Ueberreste einer Herde Tiere, die in Dämmerung und Schneetreiben vor einem Duzend Jahre über das Eis in die Richte gelangten und in eine Ruhne geraten waren.

Als Schnod auch diesen Teil hinter sich gelassen hatte, begann das fruchtbare Land mit schwarzem Schlamm, Pflanzen und kleinen Fischen wieder; sie gelangte in ein Hochland, nicht feucht und rau wie jenes, das sie verlassen, sondern erdig und üppig bewachsen. Es war einer vorstpringenden

Landzunge vorgelagert und bildete deren natürliche Fortsetzung unter dem See.

Zu beiden Seiten der Landzunge streckten sich tief ins Land zwei langgezogene Buchten, deren unterseeische Landschaft eine Widerpiegelung der oberirdischen bildete: eine üppige Fruchtbarkeit machte sich allerorten bemerkbar, das Niedrigras wogte streifenweise wie das Korn auf dem Felde, und die Riesengewächse des Wasserwaldes schienen wie schattenspendende Bäume auf dem Lande.

In dem Uebergang von diesen fetten zu jenen mageren Gegenden, wo der treibende Sand an Tagen voller Ungewitter, wenn der Wellenschlag den See bis in die Tiefe aufwühlte, alte, von den Krebsen zernagte Steleite aufdeckte oder andere überzog, befand sich ein großer Schlammföhl. Er bildete den Anfang eines weiten, ausgedehnten Morastes, in dem die Grundquellen des Sees entspringen.

Ewig knurrte es hier drunten rings in den Schlamm-massen; der Schlamm hob sich und legte sich wieder, als würde er von Wellen untergraben. Hier und da entstand ein Einschnitt in der Wasseroberfläche, und Wasserstrahlen, so dick wie Baumstämme, schossen in die Luft. Man sah hohe und niedrige Strahlen, sie ließen Wasserbäume und Wasserbüsche entstehen, die zuzeiten von großen, felsam gefärbten, phantastischen Schaum- und Blasenblüten überfüt waren.

In diesem Schlammloch wohnte der Eremit des Sees, der alte Nietenwels U a h: ein schuppenloses, dunkelrotes, schleimiges Ungeheuer, das nur ganz selten einmal, zumißt bei Sturm und Unwetter, sich aus seinem Schlammbett erhob und menschlichen Augen sichtbar wurde. Gewöhnlich kroch es auf dem Grunde herum. . . hier sein einjames Räuberleben führend, wo das Geleß der Schwere allgemach herunterzog, was nicht mehr zu schwimmen oder sich zu rühren vermochte.

Vor Jahrhunderten hatten fromme Männer Naachs Erzeuger, in feuchtes Gras gehüllt, hier an den See gebracht und das Geschlecht Silurus am Fuße ihrer Klostermauern ins Leben gerufen. Es sollte ihnen mit seinem iranzigfüßen, schwer verdaulichen Fleisch als solides Fastenessen dienen.

Der Versuch war nur mäßig gelungen, und als letztes der Seinen war nur dieses zählebige, alle weibliche Exemplar übriggeblieben.

Naach hatte den Körper eines Aales, war aber im übrigen lang und dick wie eine Boa constrictor. Sollte man sie einmal fangen, würde sie selbst auf dem längsten Langwagen nur Platz haben, wenn man ihren Schwanz nachschleppen ließe. (Fortsetzung folgt.)

Opfer der Not.

Die Bluttat auf der Bernauer Feldflur.

November 1923. Die Inflation ist auf ihren Höhepunkt angelangt. Menschen schreien nach Brot. Wissen nicht, ob sie morgen zu essen haben werden. Aus allen Ecken der elenden Behausungen glockt der Hunger entgegen. Auf den Feldern steht zum Brechen voll das Korn — fremdes Korn. Darbende helfen sich so gut sie können. Tausende christlicher braver Menschen holen sich bei Nachtzeit von fremden Feldern Korn! Eines Morgens steht an allen Einfahrtstüren Berlins: Mord am Gutsinspektor Paschke — 5000 Mk. Belohnung! —

Drei Menschen wußten um diesen Tod und schmeigen. Den Arbeiter Wesner trieb es, sich der Polizei zu stellen, wenn aber die Frau zu weinen begann, gab er es auf. Sein Arbeitskollege Eduard Wallat ging ihm stets aus dem Wege, sobald er ihn kommen sah. Dessen Bruder Karl sagte zu ihm kein Wort. — Ein halbes Jahr war vergangen. Die Polizei ruhte nicht. Hunderte von Felddieben wurden befragt. Weder die Fußspuren noch der halb zerschossene Knopf — die einzigen Spuren, die die Täter hinterlassen hatten, wollten passen. Auch Wesner wurde geladen. Seine Bekanntschaft mit Wallat wurde festgestellt und siehe da, dessen Rod schmückte ein neuer Metallknopf, zu den anderen paßte der angeschossene Knopf. Wallat war geständig, mit seinem Bruder Karl und Wesner dabei gewesen zu sein. Wie war aber nun die Tat geschehen? — Es war Sonntagabend, 20. November 1923. Sie hatten sich verabredet, nach Bernau zu fahren und dort vom Felde Korn zu holen. Zu Hause gab's nichts zu essen. Zweimal waren ihnen solche Fahrten geglückt. Sie führten selbstverfertigte Dreschlegel mit sich. Doch kaum hatten sie das Feld betreten, als es ihnen entgegenklang: Hände hoch! Gutsinspektor Paschke und sein Begleiter durchsuchten sie, fanden die Dreschlegel. Ihre Bitten, sie lassen zu lassen, fruchteten nichts. Unter der Begleitung von Paschke marschierten sie nun über die Felder hinweg der Chaussee zu, die zum Dorf führte. Hier auf der Chaussee geschah das Unglück. Wesner und Eduard Wallat gingen links von Paschke, Karl Wallat ging vor ihm. Er drehte sich um und bat: „Lassen Sie uns frei, wir haben ja schon Ihr Grundstück verlassen.“ Schon aber ging ein Schuß aus dem Browning Paschkes los und traf Karl Wallat, ein zweiter verwundete ihn am Daumen, der dritte schlug in den Rücken des bereits liegenden ein. Wesner sprang hinzu, um weitere Schüsse zu verhindern. Er erfaßte aber selbst einen Schuß und fiel mit Paschke zusammen zu Boden. Eduard Wallat lag bereits mit einem Schuß hingestreckt. Wesner rief dem Eduard zu, er solle es verhindern, daß Paschke nun den Karabiner von der Schulter nehme. Eduard ergreift einen Stein und wirft nach Paschke, läuft dann mit Wesner davon. Karl bleibt noch einen Augenblick zurück, beide sehen, wie er sich bückt, auf Paschke einschlägt, hören, wie der zweimal aufstöhnt. Dann bewegen sie sich, aus ihren Wunden blutend, mühsam dem Bahnhof zu und kommen unbemerkt in Berlin an. Der große Stein, etwa 35 Pfund schwer, liegt auf dem Richterisch.

Seitdem sehen sie fast ein Jahr im Gefängnis. Karl ist schwer erkrankt, kann auf die Fragen des Vorstehenden keine Antworten geben, schüttelt sich lautlos vor Schrecken. Das Erlebnis löst sich schwer auf ihm. Die anderen beiden erzählen frei, wie das Unglück geschah. Was können sie dafür, daß ohne ihr Zutun Karl den Gutsinspektor erschlug. Karl ist leicht verwirrt, leidet an Nervenanklagen. Auch während der Militärzeit war er ein Jahr im Krankenhaus und hat Rente erhalten. Der psychiatrische Sachverständige erklärt ihn aber für zurechnungsfähig. Der Staatsanwalt beantragt je 11 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust für Wesner und Eduard Wallat, 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust für Karl Wallat. Rechtsanwalt Frey sagt mit Recht, daß er ebenso bestürzt sei wegen der Tat wie wegen des Strafanklags.

Das Gericht verurteilte Karl und Eduard Wallat zu sechs Jahren bzw. vier Jahren Zuchthaus und zu je fünf Jahren Ehrverlust, Wesner zu zwei Jahren Gefängnis.

Explosion in einer Feuerwerksfabrik.

Drei Arbeiterinnen schwer verletzt.

Wegen einer gefährlichen Explosion, wobei Menschenleben in großer Gefahr schwebten, wurde die Berliner Feuerwehr am Dienstag nachmittag in der 6. Stunde nach Hohenhofenhausen, Weihenfeer Weg 61/3, alarmiert. Dort befand sich früher die Seifenfabrik von A. Reizner. Zurzeit liegt dort — mitten in einer Laubentkolonie — hinter dem jüdischen Friedhof eine Werkstätte der Fa. Röhn, in der Leuchtgugeln, Raketen u. a. Feuerwerkskörper hergestellt werden. Der Brand war durch Explosion von Leuchtgugeln ausgekommen. Der Betriebsleiter hatte noch versucht, mit eigenen Kräften den Brand zu löschen, die Flammen und ständigen weiteren Explosionen griffen aber derart rasch um sich, daß sie die im Nachbarraum arbeitenden vier Mädchen auf schwerste gefährdeten. Nur mit Mühe konnten drei Mädchen, die bereits schwere Brandwunden erlitten hatten, gerettet werden. Das vierte hatte sich selbst in Sicherheit gebracht. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, war die Lage so bedrohlich, insbesondere auch wegen der umliegenden Wohnhäuser, daß sofort Mittelfeuer an alle Wachen gemeldet wurde. Mit 20 Fahrzeugen erschienen die Wehren und es gelang ihnen nach längerer angestrengter Tätigkeit, die Gefahr zu beseitigen. Die verletzten Mädchen wurden von der Feuerwehr zur Unfallstelle gebracht.

Großfeuer in der Prinzenstraße.

Am Dienstag nachmittag kam in der Prinzenstr. 99, nahe der Ritterstraße, angeblich durch Kurzschluss in einem Spänekeller, auf dem Hofe der Fabrik von D. Lundershausen ein großes Feuer zum Ausbruch. Als die Feuerwehr an der Brandstelle erschien, mußte sofort mit mehreren Schluchleitungen vorgegangen werden. Es gelang auch, diese Gefahr zu bannen. Während aber die Feuerwehr diesen Brandherd erlöschte, hatten die Flammen sich durch einen im Bau befindlichen Erbauert dem Boden im 4. Stock mitgeteilt. Dort lagerten Borräte an Brettern, eine Menge feiner Papierwaren, Maschinen und dergleichen. Der Angriff gegen diesen neuen Brandherd war sehr schwierig. Der Treppenaufgang war total verqualmt und kaum zu passieren. Es brannte rechts und links vom Treppenaufgang. Mechanische Leitern waren wegen der niedrigen Einfahrt und der Leiterringe auf dem engen Hofe nicht aufzurichten. Die Lage war recht ungünstig. Deshalb ließ Bourat Rende „Mittelfeuer“ an alle Wachen melden und gleich mit 6 Schlauchleitungen vorgehen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es innerhalb einer Stunde, auch diese Gefahr zu beseitigen. Der Schaden ist leider erheblich, auch erleidet der Betrieb von D. Lundershausen eine vorübergehende Störung. Die Ablösung und die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis gegen Abend hin.

Direktor Hans Würh vom Ostarrheiner Heim in Berlin-Dahlem vollendete heute sein 50. Lebensjahr. Genosse Würh darf als der Vater der modernen wissenschaftlich-psychologischen Krüppelpädagogik angesehen werden.

Polizeiausstellung in Karlsruhe.

Die Beteiligung des Berliner Polizeipräsidiums.

Seit vier Wochen befindet sich die Berliner Kriminalpolizei in reger Tätigkeit. Regierungsrat Dr. Hagemann und Kriminalkommissar Schmig, unterstützt von einem Stab von Beamten sind mit den Vorbereitungen zu der vom 9. Juni bis 24. Juni in Karlsruhe stattfindenden Polizeiausstellung beschäftigt.

Gestern hatte die Presse Gelegenheit, die Arbeitsleistung zu würdigen. Man bekam zahlreiche Tabellen und graphische vielfarbige Darstellungen der mannigfaltigen Arbeitsgebiete der Kriminalpolizei zu sehen. In einer ebenso geistvollen wie übersichtlichen Weise ist hier das Arbeitsverfahren der Frauenhilfsstelle, der Wohlfahrtsstelle, der Vermittlungsstelle, der Fahndungsermittlung, der Gang des Strafverfahrens, die Ausbildung der Kriminalbeamten, die Organisation der Kriminalpolizei u. a. m. veranschaulicht. Ebenfalls sind Darstellungen über die Zahl der Kapitalverbrechen und die Ausübung derselben, über die Tätigkeit der Zentrale für Bekämpfung des Mädchenhandels, der Sittenpolizei, des Leichenschauhauses usw. Im großen und ganzen fehlt hier kein Tätigkeitsgebiet der Kriminalpolizei und selbst der geringste Teil ihres Apparates wird dem Besucher in allgemeiner verständlicher Weise nahegebracht. Die Zahlen, die man zu lesen bekam, wirken imponierend. Es zeigte sich, daß nur wenige Kapitalverbrechen unauferklärt bleiben, daß die übergroße Zahl der Vermittlungsangelegenheiten zur Zufriedenheit erledigt werden, daß die Kriminalpolizei ungeheuren Anforderungen bei der Bekämpfung der Taschendiebstähle gewachsen sein muß — mehr als 8000 Anzeigen gab es im Laufe des letzten Jahres usw. Das Polizeipräsidium Berlin hat aber nicht nur eigenes Material verarbeitet, sondern auch das ihr aus anderen preussischen Inspektionsbezirken zugeordnete Material zu übersichtlichen Tabellen zusammengefaßt. Es soll nämlich auf der Karlsruher internationalen Polizeiausstellung Preußen so voll als möglich vertreten sein. — Viel Objekte schickt auch der Erkennungsdienst nach Karlsruhe. Man sah eine ganze Reihe äußerst wertvoller Plakate, unter anderen solche, die das datinologische Verfahren veranschaulichen, Darstellungen von einigen interessanten Fällen, bei denen die Daktylologie zur Entdeckung der Verbrechen geführt hat, verschiedene Reaktionen auf dem Gebiet des Erkennungsdienstes, so z. B. Königskopie der Papillarlinien, die telegraphische Uebermittlung von Fingerabdrücken und dergl. mehr. Eine Reihe von Photographien zeigen die Hilfsmittel der Polizei, Methoden der Verbrechensverfolgung und dergleichen mehr. Besonders wertvoll erscheint der vom Berliner Polizeipräsidium vertretene Standpunkt, daß es die Aufgabe der Polizei nicht allein sei, Verbrechen aufzudecken, und der Verbrecher habhaft zu werden, sondern sozial zu wirken, vorzubeugen und die Gefährdeten in geordnete Verhältnisse zurückzuführen. Auch die Schutzpolizei wird auf der Ausstellung vertreten sein. So soll der Verkehrsturm auf dem Potsdamer Platz figurieren und in graphischer Darstellung der Apparat der Bonntreisabsperrung demonstriert werden.

Im großen und ganzen kann man hoffen, daß die große Arbeit, die das Berliner Polizeipräsidium mit der Fertigstellung ihres Materials vollbracht hat, gute Früchte tragen wird und daß in Karlsruhe die Einheimischen und fremden Polizeibehörden einander eine Reihe von Anregungen geben werden. Das preussische Material soll gleichzeitig ein Teil dessen bilden, das im September 1926 auf der preussischen Polizeiausstellung figurieren soll.

Zsprengung einer Alkoholgegenversammlung.

Eine gestern abend in der Dreifaltigkeitskirche veranstaltete Kundgebung für das Gemeindebestimmungsrecht wurde von Anfang an durch zügellose Elemente aus dem Lager des Alkohollapitals in empfindlicher Weise gestört. Der Redner, einer der Geistlichen der Kirche, wurde niedergedrückt. Schließlich mußte die Versammlung, deren Fortführung sich bei dem unerhörten Benehmen einer Minderheit als unmöglich erwies, geschlossen werden. Trotzdem drangen einige Tumultuierende nach vorn und bedrohten unter wüsten Schmährufen die Vertreter der Gemeinde, bis die Polizei die Kirche räumte.

Republikanisches Volksfest im Parkrestaurant Siedende. Im Rahmen der jetzt in Groß-Berlin stattfindenden Reichsbanner-Kundgebungen, Jahneinweihen usw. veranstaltete die Kameradschaft Steglitz des 12. Bezirks am Mittwoch, den 20. d. Mts. (heute) ein großes republikanisches Volksfest aus Anlaß ihres einjährigen Bestehens. Sie hat hierzu das Parkrestaurant Siedende, unmittelbar am Bahnhof Siedende ausgeführt.

Siederverammlung für kinderreiche Familien. Die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft für kinderreiche Familien hat am Mittwoch, den 20. Mai, 7½ Uhr, in Charlottenburg, in den Hohenzollern-Festhallen, Berliner Straße 125, eine öffentliche Siederverammlung abgehalten.

Ein alter Parteigenosse und Gewerkschafter, Wilhelm Seis, ist plötzlich aus dem Leben geschieden. Der Verlebene war seit Anfang der neunziger Jahre politisch und gemeinschaftlich organisiert und Mitbegründer des Transportarbeiterverbandes. Viele, die ihn kannten, werden dem hübschen Mann ein ehrendes Andenken bewahren. Die Einäscherung findet am Sonntag um 1 Uhr mittags in Baumhülsenerweg statt.

Bejektivausstellung Groß-Berlin. Morgen, Donnerstag, den 21. Mai (Eilmeldung), nachmittags 2½ Uhr, im Deutschen Oberhaus: „Faccario“. Oder in 3. Allee von St. Sell und Richard Gené, Brief von Franz von Sappé. Karten zum Preise von 1,20 pro Stück einschließlich Niederablage sind noch in allen bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 20. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Märchenstunde. Dora May erzählt für unsere Kleinsten: Grimm: 1. Rotkäppchen, 2. Dornröschen, 3. Der gestiefelte Kater. 4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert des Berliner Funkorchesters. Dirigent: Dr. W. Buschhöcker. 6.30 Uhr abends: Zehn Minuten für die Frau („Ueber gute Sitten“). 6.50 Uhr abends: Obermagistratsrat Dr. jur. Mödinger: „Die wohnungsgesetzlichen Bestimmungen betreffend Instandsetzungsarbeiten“. 7.15—8.05 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Physikalische Chemie. Dr. M. Volmer: „Aus dem Grenzgebiet von Physik und Chemie“. 1. Vortrag: „Ueber das elektrische Elementarquantum“. 7.45 Uhr abends: Abteilung Staatswissenschaft. Professor Dr. Ernst Wagemann: „Konjunkturlehre und Krisentheorie“. 2. Vortrag. 8.30 Uhr abends: Kammermusik. 1. E. v. Dohnányi: Serenade für Streichtrio op. 10, Marea — Romana — Scherzo — Thema — con variazioni — Rondo (Finale) (Konzertmeister Ferry Roth, Violine, Hermann Spitz, Bratsche, Otto Urack, Cello). 2. Rich. Strauß: a) Kluge (Henckell), b) Herr Lenz (v. Bodmann), c) Jungherrenlied, d) Darcario (v. Schack), e) Schlagen die Herzen (Bienenbaum) (Sonja Yergin, Sopran). 3. Debussy: Sonate für Flöte, Bratsche und Harfe, Pastorale — Interlude — Finale (Erich Schröder, Flöte, Hermann Spitz, Bratsche, Hildegard Roscher, Harfe). Am Flügel: Dr. R. E. Lapini. 10 Uhr abends: Zum Andenken an Nikolaj Kopernikus, den großen deutschen Reformator der Astronomie (gest. 24. 6. 1543). Professor Dr. Adolf Marouse: „Und sie bewegte sich doch! Das Weltbild im Wandel der Zeiten“. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Plakat-Wettbewerb der Volksfürsorge. Die von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1918 gegründete Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge veranstaltet einen Plakat-Wettbewerb zur Erlangung vortrefflicher Entwürfe und um Künstler und Angehörigen der graphischen Berufe die Möglichkeit zur Entwidlung eigener Ideen zu bieten. — Die Wettbewerbsaufgabe lautet an anderer Stelle.

Ein Horthy-Offizier als Raubmörder.

Zum Tode verurteilt.

Der Militärgerichtshof in Budapest hat den Gendarmarieleutnant Lederer zum Tode verurteilt. Er war angeklagt, den Schlächtermörder Kodalka in der Nacht vom 7. zum 8. Januar 1925 ermordet und beraubt zu haben; die Leiche hat er zerstückelt und in die Donau geworfen. Lederer hat als ehemaliger Horthy-Offizier bei der Niederwerfung der ungarischen Räterepublik grausig gehandelt. Seine Frau unterhielt mit seinem Wissen ein intimes Verhältnis mit dem Schlächtermörder. Der erste Versuch, den Kodalka nach vorhergegangener Beibehaltung mit Opium durch einen Schnitt mit einem Rasiermesser zu töten, mißlang. Einige Tage später erschloß Lederer ihn, nachdem er ihn wieder vorher mit Opium betäubt hatte. In der Gerichtsverhandlung versuchte er anfangs seine Tat durch Eifersucht zu erklären. Nachdem jedoch sein Zeugnisaussagen in der Gerichtsverhandlung über die mit dem Angeklagten geführten Gespräche berichtet hatte, gestand Lederer, den Raubmord begangen zu haben.

Großes Untergrundbahn-Unglück in New York.

New York, 19. Mai. (Durch Funkspruch). An der Grand Central-Station der Untergrundbahn entstand während den verkehrreichsten Morgenstunden infolge Kurzschluss Panik in dem überfüllten Zuge. Etwa 75 Personen, meistens Frauen und Kinder, wurden in dem Rauch und Flammen eingehüllten Zuge verletzt. In dem Zuge spielten sich Schreckensszenen ab. Viele Frauen und Mädchen warfen sich zu Boden oder suchten verzweifelt die Ausgänge zu erreichen. Andere wurden durch die Fenster geschleudert oder niedergetreten. Durch das Erlöschen der elektrischen Lampen wurde die Panik noch verstärkt. Vielen Leuten wurden die Kleider vom Leibe gerissen. Die Verletzten fanden zu erst in den benachbarten großen Hotels Aufnahme, wo Tröster und Speiseflässe zeitweilig in Hospitäler verwandelt waren. Tausend Männer, welche sich selbst zu retten, Frauen zurückließen, wurden von der Polizei niedergeschlagen. Von den angrenzenden Vanderbilt-Hotels ließen Angestellte Leitern in den Schacht der Untergrundbahn hinab und halfen den Passagieren durch den Rotausgang die Straße zu erreichen.

Ende des Segelflugwettbewerbes.

Köflitz, 19. Mai. (Eigener Bericht). Köflitz hat die gesamte Wissenschaft tatkräftig durch den Segelflug auf dem Gebiete der Meteorologie und Luftforschung, der Aerodynamik und Statik unterstützt. Die alten, fast drei Jahrzehnte voll bewährten Segelflugzeuge sind auch heute noch unübertroffen, ihre Piloten bleiben weiter an der Spitze: Mariens als Strecken-, Rudo als Dauersegelflieger, Seilers Erfolg ist zu begründen. Dem Jungvolk war reichlich Schul Gelegenheit geboten, sehr beachtenswerte Dauerleistungen sind auch hier schon zu verzeichnen, berechnen zu den besten Hoffnungen. Zahlreiche Zeugnisse über die bestanden Prüfungen konnte der Ostpreußenverein ausstellen. Für Nachtsegelflüge ist die erste Anregung gegeben. Die Schwaben, Bayern und Thüringer werden kommenden Jahr die Scheu vor dem wasser Element überwinden. Wissenschaft und Technik, Theorie und Praxis konnten sich gegenseitig ergänzen.

Ein Stahlhelmpfarrer unter Anklage.

Halle, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht). Vor dem erweiterten Schöffengericht in Halle begann am Dienstag nachmittag der Prozeß gegen den Verhaftigten Stahlhelmpfarrer Wilhelm Knoblauch zu Halle. Knoblauch hat, wie ihm die Anklage vorwirft, bereits seit dem Jahre 1915 bis 1922 in seiner Eigenschaft als Geistlicher und Lehrer einer halleschen höheren Schule sich an den dortigen Schülern unethisch verhalten (§§ 174, 175 Str.G.B.). Teilweise hat der Rüstling sich sogar an einer Reihe von Kindern unter 14 Jahren vergriffen. Der Bischof seiner Tätigkeit als Seelenhirte war die Aufgabe, daß er — immer nach der äußerst dürftig gehaltenen Anklage — seit dem Jahre 1922 sogar mit einem unglücklichen Taubstummen in seiner Eigenschaft als Seelenhirte strafbare Beziehungen nach § 175 unterhalten hat. Knoblauch wurde aus der Hofst geführt. Er ist zwar blaß, aber arrogant wie früher in seiner Feldpredigerzeit. Er trübt jedoch sichtlich zusammen, als er einen Vertreter des hohen Konsistoriums, einen Superintendenten erblickt, der wegen des kommenden Disziplinarverfahrens an der Verhandlung teilnimmt. Die angeklagten halleschen Verteidiger haben es vorgezogen, nicht zu kommen. Der von auswärts geholt Verteidiger erhebt ein mögliches Wehgeschrei wider die Presse, die es gewagt habe, über Herrn Knoblauch „unmaßgemäße Gerüchte“ zu verbreiten. Die Anwesenheit des Superintendenten sei für seinen Ruf so bedrückend, daß er die Entfernung des Kirchenmannes verlange. Das Gericht schloß nach Verlesung der Anklageschrift die Öffentlichkeit und Presse aus und gestattete lediglich den Sachverständigen und dem Superintendenten die Anwesenheit. Geladen sind 16 Zeugen. Der bekannte Sozialforscher Dr. Magnus Hirschfeld-Berlin hat sein Erscheinen abgelehnt, an seiner Stelle ist der bekannte Berliner Rechtsmediziner Dr. Blazgel erschienen.

Jugendveranstaltungen.

Königs! Zur Generalversammlung am Sonntag, den 21. d. M., vorm. 9 Uhr, in der Aula des Kaiser-Friedrich-Konsumvereins, Rittersstr. 10, Kaiser-Friedrich-Haus, 100-110, haben zum Preis von 20 Pf. Karten für 2 Personen ausgestellt. Die Karten sind in beschränktem Umfange bei den Abteilungsstellen zu haben.

Heute, Mittwoch, den 20. Mai, abends 7½ Uhr:

Redner: Schule Kobergick. Ein Vortragsabend. Vortrag: Jugend und Gewerkschaft. — Vortragsabend: Schule Kobergick. 14. Vortrag: „Vollst. — Selbst H. B.: Jugendheim Reichenberger Str. 96. Naturwissenschaften. — Vortragsabend: Schule Kobergick. Vortrag: „Wort. Sozialistische Arbeitsträger“. — Vortragsabend: Jugendheim Reichenberger Str. 96. Vortrag: „Unter der Fackel“. — Vortragsabend: Kaiser-Friedrich-Haus. Vortrag: „Königs! — Vortragsabend: Kaiser-Friedrich-Haus. Vortrag: „Königs! — Vortragsabend: Kaiser-Friedrich-Haus. Vortrag: „Königs!“.

Morgen, Donnerstag, den 21. Mai:

Schloß G. B.: Nachmittagspausenspiele: Universitäts-Schauspielhaus und weiter. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags Schloß G. B. — Vortragsabend: Treffpunkt 7 Uhr vorm. Bahnhof Salfersee. — Vortragsabend: Treffpunkt vorm. 8 Uhr Clemens-, Ecke Albrechtsstr. — Vortragsabend: Treffpunkt in der Teltow. Treffpunkt 17 Uhr Artilleriepark. — Vortragsabend: Treffpunkt in der Teltow. Treffpunkt 7 Uhr Schule.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Dr. H. Deiler, Schuhfabrik, Pilsener, konnte hiermit ein 25jähriges Jubiläum feiern. Dr. Deiler, Schuhfabrik, wurde bereits vor 25 Jahren in den Handel gebracht. Die schrittweise Verfeinerung begann jedoch vor 25 Jahren. In dieser Zeit hat sich die Firma aus den kleinen Anfängen zu einem großen Unternehmen entwickelt, deren Erzeugnisse überall gern gekauft werden. Wir empfehlen, auch auf das beste Preiswert der Firma Dr. Deiler.



Servus

muss man benutzen
zum Stiefel putzen

Verbandstag der Fleischer.

Berlin, 18. Mai.

Unter sehr zahlreicher Beteiligung der Berliner Berufsgenossen wurde am Sonntag morgen der Verbandstag eröffnet. Neben 27 Abgeordneten sind besonders zahlreich ausländische Bruderorganisationen vertreten.

Vom ADGB ist Bader erschienen, vom Drisausschuss Berlin Bredom. Der Hauptvorstand ist durch Henkel, Gaier und Fiedler - Berlin, der Ausschuss durch Bergmann - Hamburg vertreten.

In seiner Begrüßungsansprache verweist Vorsitzender Henkel auf die Schwierigkeiten der Organisation, die mit dem Verbandstag zugleich ihr 25jähriges Bestehen feiert. Dann sprachen die ausländischen Vertreter ihre Glückwünsche aus, die ganz besonders auch dem verdienten Vorsitzenden Henkel galten. Zur Leitung des Verbandstages wurden Bergmann - Hamburg und Schulz - Berlin gewählt.

Die Tagesordnung wurde um drei Punkte erweitert: Die Verschmelzung zu einem Nahrungsmittelindustrieverband, ferner soll die Darmindustrie gesondert behandelt werden und die Internationale Organisation.

Dem Verbandstag liegt ein umfangreicher Bericht der Verbandslitung vor.

Aus dem Bericht spricht noch einmal die ganze Brutalität der Jahre 1922/24, die dem Fleischerstand das Leben erschwert. Gemessen an diesem Rossenland untersucht nun der Berichtstatter die Rückwirkung auf den Beruf. Die deutsche Landwirtschaft war noch nie in der Lage, die deutsche Bevölkerung ausreichend mit Schlachtvieh zu versorgen. Obwohl sich der Viehbestand merklich gehoben hat, bleibt diese Lücke bestehen. Die angeführten Ziffern erbringen dafür den Beweis. Der Verband hat sich redlich bemüht mitzuwirken, diesen Mangel abzustellen, im Kampf mit der Landwirtschaft hat er für die Bevölkerung gewirkt. Besonders

gegen die Wiedereinführung der Schutzzölle hat der Fleischerstand einen starken Widerstand aufgebracht, um eine Erhöhung der Preise und Freitpreise zu vermeiden.

Die Lohn- und Tariffragen wurden stark beeinflusst durch die Rückständigkeit der Innungen, die alle Hebel in Bewegung setzten, sich von der Mitwirkung des Verbandes zu befreien. Besonders die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist den Innungen ein Dorn im Auge gewesen. Alle möglichen Versuche haben sie unternommen, ihre Arbeitszeitmünche durchzusetzen. Es gelang ihnen auch hier und da, die Kollegen zu überzumpeln, doch redigzeitig griff der Verband ein, so daß größeres Unheil verhindert wurde.

Eigenliche Streiks waren nur wenig zu verzeichnen, die Arbeitgeber haben darin und in den Aussperrungen doch wohl ein Haar gefunden. Auf den Schlachthöfen in Berlin, Hamburg, Königsberg, Leipzig und München, in den Wurstfabriken Hofsteins, Weidenburgs, Berlins und Bornens wurden Bewegungen erfolgreich durchgeführt. Auch die Darmindustrie in Berlin, Hamburg und München lieferte heftige Kämpfe. Aussperrungen waren in Danzig, Böhmen und Braunschweig. Ende 1924 bestanden 113 Tarifverträge für 8409 Betriebe mit 15484 Beschäftigten. In 27 Konsumfleischereien sind 18 Verträge abgeschlossen, für den Rest gilt der Reichsmanteltarif, abgeschlossen mit dem

Zentralverband deutscher Konsumvereine. Gefragt wird über den gelben Fleischergefellensbund, der den Innungen erbärmliche Helfersdienste geleistet hat. Für die Rechte der Betriebsräte hat sich der Verband stark eingesetzt, ebenso für ihre organisatorische Erfüllung.

Die Mitgliederbewegung erreichte 1920 mit 24 000 ihren höchsten Stand, durch die Einwirkung von Inflation und Erwerbslosigkeit hörte der Verband etwa 50 Proz. Mitglieder ein, auch die politischen Wirnisse nahmen etwas Mitglieder mit. Viele Kollegen sind in andere Berufe übergetreten. Das Lehrlingswesen wachte der Organisation viel zu schaffen, hier lobte sich der Innungsgeist herrlich aus. Der Kampf mit gemertischen Organisationen brachte auch viel Arbeit.

Das Kapitel Verschmelzung schildert die Bemühungen des Verbandes um den Zusammenschluß zu einem Lebens- und Nahrungsmittelarbeiterverband. Die erste Frucht war ein Kartellvertrag. Der Bericht wehrt sich gegen eine schematische, zwangsweise Verschmelzung. Der Wille der Mitglieder müsse entscheidend sein.

Der Kassenerbericht, den Fiedler-Berlin erstattete, schließt sehr günstig ab. Der Verband hat die schlimmste Zeit überwunden. Mit über 120 000 R. konnte das neue Jahr begonnen werden.

Zweiter Verhandlungstag. Am zweiten Verhandlungstag fand zunächst ein Akt der Ehrung statt. Vorsitzender Henkel erhält einen Arm voll Rosen und wird zum Ehrenvorsitzenden des Verbandstages ernannt.

Hierauf wurden die Berichte der Verbandslitung entgegengenommen. Kollege Henkel, Berlin, Fiedler und Gaier, Berlin, sowie Bergmann, Hamburg, teilen sich in diese Arbeit. Die mündlichen Ergänzungen der Berichte betreffen vor allen Dingen Zollfragen und die Verhältnisse in den Genossenschaftsmitgliedereien.

Die Debatte über die vier Berichte füllt den ganzen zweiten Verhandlungstag aus. Die Aussprache ergibt ein Bild der allgemeinen Zustimmung zur Vorstandsarbeit. Nur wenig Klage über die Einseitigkeit der Arbeit des Zentralvorstandes macht sich geltend, wobei von Freyner, Berlin, besonders die Arbeit in dem Reichsausschuss kritisiert wird und gegen Volksbelastung Massenproteste verlangt werden. Andere Redner, wie Ernst, Hannover, sprechen sehr wirksam gegen diese Auffassung. Gerade die Fleischer haben alle Ursache, so sagt er unter Beifall, daß sie die realen Tatsachen nicht aus den Augen verlieren. Allgemein wird gewünscht, die Sachsituation schätzig erkennen zu lassen. Es müsse gegenüber den wachsenden Angriffen der Unternehmer der „Fleischer“ besser und wirksamer ausgebaut werden.

Mit großer Enthusiasmus treten verschiedene Redner für eine bessere Schulung der Betriebsräte ein, der ADGB habe hier viel nachzuholen, weit vorzuziehen die Ortsausschüsse verlagten. Für die eigene Schulung, d. h. für die Schaffung von Fleischerbetriebsrätekursen, sind jedoch die meisten Redner nicht zu haben. In vielen Fällen verlagten die Betriebsräte ganz und gar. Daß die meisten Berufs von dem Betriebsrätegesetz schlechter gestellt sind, ist eine Tatsache, die oft genug beklagt worden ist. Daß aber das Wenige von den einzelnen Kollegen noch verachtet wird, ist sehr bedauerlich.

Besonders wirksam wendet sich Bergmann, Hamburg, gegen einseitiges Schimpfen auf die Genossenschaften. Wir müssen zunächst einmal die Arbeiterschaft dazu bringen, dem Genossenschaftsgedanken mehr Verständnis entgegenzubringen. Da liegt es noch sehr im Argen. Bergmann und andere Redner sprechen dafür, aus dem Sachausschuss für Fleischerforschung nicht auszutreten. Wir übernehmen für seine Beschlüsse keine Verantwortung, aber unsere Mitwirkung ist doch wichtig genug; es kann die Zeit kommen, wo wir gehen müssen, dieser Zeitpunkt ist aber noch nicht da!

Genosse Bader vom ADGB verweist auf den Standpunkt, den der ADGB zur Zollfrage einnimmt. Zur Betriebsrätefrage hat der ADGB von Anfang an vorzuziehende Stellung genommen, er kann aber die Schäden nicht beseitigen, die bestimmte falsche Propheten der Genossenschaftsbewegung anrichten. Wir haben Richtlinien genug herausgegeben. Die Änderung des Betriebsrätegesetzes ist wohl nötig, aber wir nützen ja noch nicht mal das aus, was vorhanden ist.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckelstr. 5/55. Tel. 2 22. Samstag, 20. Mai, abends 8 Uhr, im Saal des Reichsausschusses für Fleischerforschung, bis 10 Uhr. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen.

18te ab Stettiner Bahnhof zu kommen. Donnerstag ab Stettin nach 2.30 Uhr. - Wie die Wehrwehr in Rudow am Sonntag, den 24. Mai, werden die Kameraden den Tag nach 6.30 Uhr ab Stettiner Bahnhof. Sonntagabend 7.30 Uhr bis Donnerstagmorgen 4. Klasse 1.00 R.

Kameradschaft Göttingen. Es wird nachmals auf das am Mittwoch, den 20. Mai, im Hotel „Kaiserhof“ abends 8 Uhr im Saal des Reichsausschusses für Fleischerforschung, bis 10 Uhr. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen.

Arbeiterabteilungsband, Ortsgruppe Berlin. Samstag, 18. Mai, abends 8 Uhr, im Saal des Reichsausschusses für Fleischerforschung, bis 10 Uhr. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen.

Vereinigung für Spiel- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Der Reichsausschuss für Spiel- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow, am 22. Mai, abends 8 Uhr, im Saal des Reichsausschusses für Fleischerforschung, bis 10 Uhr. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen. Die Teilnehmer sind herzlich willkommen.

Bereit sein, ist alles!

Vor Ueberraschungen ist auch die tüchtige Hausfrau niemals sicher. Sie hilft sich aber schnell aus der Verlegenheit und bietet z. B. den kurz zuvor gemeldeten Gästen trotzdem ein vorzügliches Vanille-Gebäck zum Tee an. Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ und Dr. Oetker's ausgewählte Rezepte sichern diese Bereitschaft.

Bitte versuchen Sie Vanille-Gebäck:

Zutaten:	
1/2 Pfd. Butter	2 Eier.
150 g Zucker.	1 Pfd. Mehl.
1 Päckchen von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	1/2 Päckchen v. Dr. Oetker's Backin
100 g Mandeln.	etwa 1/2 Liter Milch.

Wie billig sich das Gebäck stellt, kann jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen.

Zubereitung: Butter und Mehl (dieses mit dem Backin gemischt) knetet man zu einem Teig. Das Eiweiß, 100 g Zucker, Vanillin-Zucker, Milch vermischt man und arbeitet alles mit obigem Teig zu einer Masse, die sich gut ausrollen läßt. Den ausgerollten Teig schneidet man in rechteckige Stücke, bestreicht diese mit Eiweiß, streut sie in Spüchchen geschälten Mandeln, die man mit 50 g Zucker gemischt hat, darüber und bäckt bei Mittlehitze. In Blechdose aufzubewahren.

In den Berliner Hausfrauen-Vereinen kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung. Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften oder, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von Dr. A. Oetker, Bielefeld.

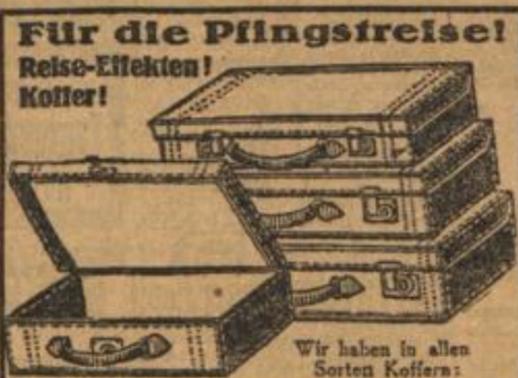
20% Pfingstverkauf 20%

KORGE

Im Sportkaufhaus Wilhelmstraße 107 (Anhaltstraße)



- Ermäßigung**
- Sport- u. Wanderbreches für Damen und Herren, in den verschiedensten Stoffarten von 11.50 an
 - Wasch-Anzüge in verschiedenen Formen und Stoffen von 18.00 an
 - Wasch-Anzüge für Junglinge, Sportisassen mit feiner Besatze von 18.00 an
 - Lüster-Jacketts dunkelblau, grau und schwarz von 11.00 an
 - Touristen-Anzüge aus bayr. Loden, in verschied. Fasson v. 38.00 an
 - Fesche Sport- u. Straß-Anzüge in vielen verschied. Ausstattungen von 38.00 an
 - Touristen-Lodenmäntel von 23.00 an
 - Frühjahrs- u. Sommer-Mäntel aus Cheviot, Covertcoat, Gabardine, Kammergarn 150, 125, 115, 85, 65 - 38.00 an
 - Weißer Hosen für Radfahrer, Tennis usw. von 9.50 an



Für die Pfingstreise!
Reise-Effekten! Koffer!

Wir haben in allen Sorten Koffern:

- Ermäßigung**
- Windjacken für Damen und Herren in nur 11.50 an
 - Lederjacken prima Qualität, schwarz von 75.00 an
 - Lederjacken für Auto- und Motorradfahrer, prima Qualität, braun von 98.00 an
 - Motorrad-Anzüge von 25.00 an
 - Dirndkleider einstückige Mäntel in verschied. Modellen von 13.00 an
 - Radfahr Röcke in Homerton und Loden von 22.50 an
 - Sport-Strickwesten einstückige Mäntel und Farben von 12.50 an
 - Damen-Lodensportkostüme bayrische Qualitätsware von 39.00 an
 - Damen-Lodenmäntel Imprägn. bayr. Qualitätsware v. 37.00 an
 - Wanderrucksäcke aus guten Imprägn. Stoffen von 5.00 an

Sport- und Straßenstiefel Einzelpaare bis zur Hälfte ermäßigt!
Wandersandalen prima Kernleder von M. 5.- an.

Achtung! Von obigen Preisen werden noch 20 Prozent abgesetzt! / Blaukreuz-Etiketten 10 Prozent!

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

1/2 lb nur 50 Pf

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Rahma

Margarine

buttergleich

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für Hebe kleine Kinder“

Die große Aussprache im Reichstag.

Westarp gegen Reichsverfassung. — Die Volkspartei bremst.

Gesamte Breitfeld führt in seiner gestrigen Reichstagsrede weiter aus: Wenn es möglich ist, zu einem Zustand wirklicher und dauernder Befriedigung Europas zu kommen, ist ein Verzicht auf Elsass-Lothringen um so weniger ein Verlust, als wir ein Recht für Deutschland eingeräumt erhalten, das uns gegenüber den belgischen und französischen Annerkennungsbestrebungen die Sicherung des Besitzes des Rheines garantiert. Die Situation wird kompliziert durch unser Verhältnis zum Osten. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Ostgrenzen ist klar, wir sind nicht der Meinung, daß diese Grenzen gut oder gerecht seien, glauben auch nicht daran, daß sie von ewiger Dauer sind, aber wir unterstützen keine Politik, die darauf aus sein könnte, diese Grenzen mit Waffengewalt zu ändern. Wir hoffen und erwarten, daß die Zeit kommt, in der auf dem Wege über die Institutionen des Völkerbundes jene Regelung erfolgt, die dem Frieden und der Gerechtigkeit entspricht. Wenn gesagt wird, daß der Sicherheitsvertrag der Anfang einer Einkreisungspolitik sei, so erklären wir, daß wir diese Gefahr nicht sehen. Wir wollen eine solche Einkreisung nicht, wir wollen mit Rußland in Frieden und Freundschaft leben. Wenn der russische Außenminister Tschitscherin gesagt hat, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von Rußland ungern gesehen würde, so müssen wir schon sagen, daß die Rücksichten auf Rußland uns niemals hindern können, in den großen Auseinandersetzungen nach unseren eigenen Interessen zu entscheiden. (Sehr richtig bei den Soz.)

Die Frage des Sicherheitspakt

Ist von Frankreich bilateral behandelt worden. Es sieht so aus, als ob wir zu dem Sicherheitspakt nicht gelangen würden, ohne daß wir unsere Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund erklärt haben. Unsere Stellung zum Völkerbund ist bekannt. Wir haben in ihm nicht die Verwirklichung unserer Forderungen gesehen, trotzdem sehen wir gegenwärtig keine andere Möglichkeit als die, so schnell als denkbar in diese Gemeinschaft einzutreten. Wenn man davon spricht, daß der Völkerbund eine deutschfeindliche Einrichtung sei, so möchte ich fragen, wird er deutschfreundlicher, wenn Deutschland außerhalb bleibt? Die Alternative, vor der wir stehen, ist klar: Völkerbund oder Krieg? Je stärker der Völkerbund wird, umso geringer wird die Gefahr eines Krieges. Für die Regierung hindert der Art. 16 am Eintritt, aber bei den hinter der Regierung stehenden Parteien ist die grundsätzliche Gegnerchaft das Entscheidende. Am 10. Januar sollte die Kölner Zone geräumt werden, seit mehr als vier Monaten warten wir auf eine Erklärung, warum die Besetzung noch nicht aufgehoben ist. Wir können nicht [scharf] genug das Verhalten der Entente brandmarken.

Wenn die Gefahr, die in der Bewaffnung Deutschlands bestand, so groß gewesen wäre, so hätte man nicht 4 Monate hin und her feststellen müssen. Wir sind so deutlich wie Sie (nach rechts), ja mehr als Sie, zumal wenn es gilt, die nationale Bestimmung in der Opferung von Markt und Pfennigen für das Land zu beweisen. Wir erwarten, daß die Besetzung der Kölner Zone nahe vor ihrem Ende steht, das rheinische Volk hat seine Zugehörigkeit zum deutschen Reich gerade jetzt wieder bezeugt, und wenn es das mit einer übergroßen Zahl von Feiern betont, so soll ihm das nicht verweigert werden. Trotzdem sagen wir, es wäre wünschenswert, wenn wir weniger feierten und weniger Feste veranstalteten, es könnte falsch ausgelegt werden. Wir wollen Trauflin pflegen, uns aber des Ernstes der Situation in jeder Beziehung klar sein. (Sehr richtig bei den Soz.)

Aber lassen Sie mich sagen, daß durch das deutsche Volk der Ruf nach Gleichberechtigung geht. Eine Zeit nach dem Kriege mußten wir es uns gefallen lassen, daß wir behandelt wurden wie ein Volk minderen Ranges, auf die Dauer aber kann ein großes Volk sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen. Das besagt keinesfalls, daß wir uns den Verpflichtungen, die wir durch Verträge auf uns genommen haben, zu entziehen suchen.

Wir verlangen nicht, daß wir anerkennen dürfen wie die anderen, sondern wir verlangen, daß unser Maßstab der Abstraktion auch gegolte werden kann an die der anderen Staaten.

Diese Forderung stellen wir, weil sie uns von jeher nicht nur ein Lippenbekenntnis gewesen ist. Wir verknüpfen sie nicht mit Drohungen, wir appellieren an das Weltgewissen und an alle, die im Auslande davon überzeugt sind, daß nur auf solchem Wege die Befriedigung Europas erreicht werden kann. (Beifall bei den Soz.) Unser Standpunkt zu der Idee der Vereinigten Staaten von Europa ist der: Wir kommen zu ihr auf dem Wege der wirtschaftlichen Verständigung, allerdings nicht in dem Sinne, was das Unternehmertum sich unter wirtschaftlicher Verständigung vorstellt. Wir wollen keine wirtschaftliche Verständigung auf dem Rücken der Arbeiterkraft, sondern nur mit den Arbeitern. Herr Stresemann sprach davon, daß die industrielle Leistungsfähigkeit Deutschlands geringer sei als in anderen Ländern. Glauben Sie, Herr Stresemann, daß durch Verteuerung der Lebensmittel die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes größer werden könnte? Für uns ist die Frage, ob die Regierung dieses große Ziel der Vereinigten Staaten von Europa will, und wenn sie es will, ob sie den Weg mit Rücksicht auf die hinter ihr stehenden Freunde auch gehen wird. Eine Regierung und ein Staatsmann werden nicht nur beurteilt nach den Absichten, sondern auch nach den Mitteln, die sie anwenden und nach den Genossen, die sie sich für ihren Weg und für die Verwirklichung ihrer Absichten wählt. Wir haben kein Vertrauen, daß die Regierung mit den Parteien, die hinter der Kandidatur Hindenburgs standen, insbesondere mit den deutschnationalen, eine solche Politik machen kann, wie wir sie für richtig halten und wie sie in großen Umrisen von Herrn Stresemann hier skizziert worden ist. Hinzu kommt die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen. Man kann nicht die innere Politik mit der Rechts- und die äußere mit der Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will.

Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille der breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befestigen wie einen Felsen von Erz. Unsere Parole lautet nach der Wahl: **Nun erst recht Republik, nun erst recht Ausban zu einer Republik des arbeitenden Volkes! Nun erst Recht Politik des Friedens und der Verständigung!** Und wer mit uns zusammengehen will auf dem Wege zum Ausban der Republik, auf dem Wege des Friedens und der Verständigung und zu den Vereinigten Staaten von Europa, ist uns willkommen! Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Deutschnationaler Angriff auf die Verfassung.

Hg. Graf Westarp (Dnat.): Die außenpolitische Lage sieht noch immer unter dem Zeichen widerrechtlicher Gewalt. Die Auffassung des Ministers Dr. Stresemann, es sei gelungen, die Reparationsfrage auf den Grund der vernünftigen wirtschaftlichen Überlegungen zu stellen, ist zu optimistisch. Der Reichsfinanzminister hat in den letzten Tagen immer wieder energig auf die Sorge um die finanzielle Erfüllung des Dawes-Abkommens hingewiesen. Gewiß haben wir eine Atempause für 1925 und 1926, aber was dann wird, diese Frage legt uns der Finanzminister immer wieder mit Recht vor. Auf dem politischen Gebiete ist nicht eingetreten, was man in London behauptet hat; in der politischen Behandlung

Deutschlands ist keine Rede von dem Geist der Veröhnung und Verständigung und der Gleichberechtigung. Auf politischem und militärischem Gebiet stehen wir unter dem fürchterlichen Druck der Räumungsfrage und der Entwaffnungskontrolle. Der 15. August ist als letzter Termin für die Räumung vereinbart worden, wir dürfen aber nicht vergessen, daß auch die jetzige Besetzung bis zum 15. August ein schweres Unrecht ist, daß von Anfang an die Besetzung des Ruhrgebiets der größte Rechtsbruch der Weltgeschichte gewesen ist und daß auch die weitere Besetzung der Kölner Zone eine Rechtswidrigkeit ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir hätten schon am 10. Januar mit der Räumung der Kölner Zone rechnen dürfen, aber England hat nichts getan, um unsere Hoffnungen zu erfüllen.

Was wir von England in diesen Jahren erlebt haben, war nicht das Verhalten eines Gentleman. (Sehr richtig! rechts.)

Die Räumung am 15. August ist unser Rechtsanspruch, und für dessen Durchführung haben wir kein neues Opfer mehr zu bringen. (Sehr richtig! rechts.) Die Räumung am 15. August ist ein integrierender Bestandteil des Londoner Abkommens. Wird das nicht gehalten, so fällt damit nach völkerrechtlichen und überhaupt rechtlichen Begriffen der ganze Londoner Vertrag in sich zusammen. (Sehr richtig! rechts.) Ferner drückt uns noch immer die Militärkontrolle. Der Reichstag zuwider hat Deutschland noch eine allerletzte Kontrolle zugestanden, aber die Erwartung daran geknüpft, daß diese Generalinspektion bis zum 30. September 1924 beendet sein würde. Die uns bevorstehenden neuen Forderungen warten wir ab. Bei ihrer Prüfung werden wir auch an das besetzte Gebiet denken und nach Möglichkeit seine Interessen zu wahren suchen. Aber, wie der Außenminister gestern schon gesagt hat, das besetzte Gebiet selbst wird nicht verlangen, daß wir zur Annahme jeder Forderung bereit sind. Auch das besetzte Gebiet wird nicht wollen, daß Deutschland Zugagen macht, die uns wehrtun und den Bolschewismus überleben würden. Immer schärfer tritt in den Vordergrund die Notwendigkeit, daß Deutschland sich endlich zur Wehr setzt, daß es verlangt, daß der Militärkontrolle ein Ende gemacht wird. Ausreichendes Material für die Beschuldigung Deutschlands, es habe nicht abgerüstet, liegt nicht vor, denn man hat vier Monate verstreichen lassen, ohne Deutschland Auffassung zu geben. Das deutsche Volk muß

voll vier Monate darauf warten.

daß die Schmach der Nichträumung der Kölner Zone auch nur zur Erörterung gestellt wird. Selbst in unserem Hohen Hause fehlen parlamentarische Ausdrücke, um dieses Verhalten des Auslandes gegenüber dem wehrlosen Deutschland zu kennzeichnen. (Lebhafte Beifall rechts.) Auch auf das deutsche Sicherheitsangebot sind

schon drei Monate verlossen.

ohne daß Deutschland eine Antwort erhalten hätte.

Auf eine nähere Diskussion über die Einzelheiten dessen, was uns bedroht, und auf unsere Maßnahmen einzugehen, scheint mir nicht am Platze. Ich möchte dem Außenminister und dem Reichstanzler darin recht geben, daß der bisherige Zustand erseht werden muß durch einen anderen. Es kann sich dabei aber nicht darum handeln, zu jenen Garantien, die Frankreich fest in der Hand hat, noch weitere Zugaggarantien zu geben, sondern darüber zu verhandeln, wie jene Garantien Frankreichs durch andere Garantien zu ersetzen sind. Was Polen betrifft, scheint mir aus den Ausführungen des Herrn Außenministers eins hervorzugehen: Deutschland ist nicht gewillt, die Grenze im Osten anzuerkennen. Auf der anderen Seite ist die Aussicht auf wirksame schiedsrichterliche Vereinbarungen mit Polen sehr gering. Im übrigen ist für uns das Erste die Räumung der Kölner Zone. (Sehr richtig!) Dann erst kann man eintreten in die Diskussion über den Sicherheitspakt.

Wir wünschen, daß die Politik Dr. Stresemanns, die er in seinem Memorandum eingeschlagen hat, fortgesetzt wird, durch Festhalten an der Bedingung des Ausschusses der Gültigkeit des Artikels 16 für Deutschland.

Erklärungen, die mit der Ehre Deutschlands unvereinbar sind, müssen bei den einseitigen Verhandlungen über den Eintritt in den Völkerbund vermieden werden; wenn aber solche Verhandlungen eingeleitet werden sollten, muß auch Gelegenheit genommen werden, um endlich das zu tun, was Deutschland doch schließlich einmal tun muß, wenn es wieder geachtet in der Welt dastehen will, nämlich das Schuldbekenntnis im Verträge von Versailles als erzwungen und unwahr zu erklären. (Lebhaftes Sehr gut! rechts.) Wir sind uns bewußt, daß der Kanzler für die allgemeinen Richtlinien auch der äußeren Politik auch dieselbe Verantwortung trägt wie der Außenminister, und als die größte der Parteien, die hinter der Regierung stehen, erziehen wir ihn, dafür einzutreten, daß unsere Außenpolitik in dem Sinne geleitet wird, wie er aus meinen Ausführungen hervorgeht. Was die innere Politik betrifft, so bemerke ich hierzu jetzt nur: Wir alle sind durchdrungen von der Größe des Problems, welches der Reichstag sich in den nächsten Wochen zu erledigen vorgenommen hat. Wie sind der Meinung, daß doch allmählich ein Näherkommen der Parteiengemeinschaft, die hinter der Regierung steht, festzustellen ist, daß diese Gemeinschaft in ihrer Zusammenarbeit sich im allgemeinen bewährt hat. Gewisse Abweichungen sind da, aber es sind Schwierigkeiten, die eben dazu da sind, um überwunden zu werden.

Auch das, was in den letzten Tagen hinsichtlich der so wichtigen Aufwertungsfrage vereinbart worden ist, scheint mir ein guter Fortschritt auf diesem Gebiete der gemeinsamen Arbeit zu sein. Ein Thema möchte ich allerdings doch in nächster Zeit noch mehr angeschnitten sehen.

Die Frage der Flagge und Farben wird einer erneuten Prüfung unterzogen werden müssen; es wird fernur zu prüfen sein, ob die Stellung des Reichspräsidenten mit seinen verfassungsmäßigen Zuständigkeiten so ausgestaltet ist, wie wir es wünschen. Es wird aber vor allem darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß den Ländern oder, wie ich sie immer noch lieber nenne, den Bundesstaaten, das Gefühl wieder gegeben wird, daß ihnen dasjenige Maß an Selbständigkeit belassen ist, was nach irgend wie mit der Selbständigkeit des Reiches zu vereinbaren ist. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Es wird dabei vor allem auch nötig sein, zu erwägen, wie die Mitwirkung der Länder an den Geschäften im Reiche besser ausgestaltet werden kann. Ich denke da an eine andere Stellung des Reichsrats, an eine bedeutungsvollere selbständigere Konstruktion seiner Stellung, daran, daß ihm im Gebiete der Gesetzgebung und des Verordnungsrechts eine ganz andere gegenüber der Weimarer Verfassung erweiterte Stellung eingeräumt werden muß. Wir werden in dieser Richtung arbeiten und diese Dinge nicht zur Ruhe kommen lassen. Natürlich sind damit die Änderungen an der Verfassung nicht erschöpft; für jetzt aber müssen wir diese Gesetzgebungsarbeit auf das beschränken, was im Rahmen der einmal getroffenen Vereinbarungen möglich ist. Es wird mir nicht ganz leicht, auch noch zu dem ebenfalls zur Erörterung stehenden

Etat des Reichspräsidenten nach besondere politische Bemerkungen zu machen. In sich scheint mir diese Einrichtung nicht diejenige zu sein, welche hier mit besonderem Eifer und mit besonderer Kampfeslust herangezogen werden sollte. (Hört, hört! links.) Herr Dr. Breitfeld hat mit großer Entschiedenheit betont, daß Hindenburg ein deutschnationaler Parteimann sei. Davon ist keine Rede, schon formell nicht, denn der Reichspräsident ist nicht eingeschriebenes Mitglied der deutschnationalen Volkspartei gewesen, aber auch deshalb nicht, weil seine Wahl keine deutschnationale, sondern eine überparteiliche Wahl war, eine Wahl breiter Volksschichten und Volksklassen. (Sehr richtig! rechts.) Aus der Rede des Dr. Breitfeld sprach immerhin eine gewisse Angst für den Bestand der Republik. Das stand im Gegensatz zu Versicherungen des „Vorwärts“, der die Wahl Hindenburgs als eine Niederlage, seinen Einzug als einen Sieg der Republik bezeichnet hat. In demokratischen Blättern ist zu lesen, daß seit dem Einzug die monarchische Idee endgültig erledigt sei. Man erkläre also in dem Antritt eine besonderen Sieg der Republik. Hier kommt einmal die Bedeutung in Betracht, welche die Sozialdemokraten

dem Eide des Reichspräsidenten

beilegen. Allerdings hat dieser Eid eine ganz andere Bedeutung als etwa der Eid, den der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann abgelegt hat, aber die Verfassungseide im Landtage, die man als wesentliche Formalitäten erklärt hat. (Sehr gut! rechts.) Für Hindenburg gilt: Ein Mann, ein Wort! Zum anderen Teil kommt in Betracht das Maß der Bedeutung, welches Sie (nach links) dem Schutze der Republik durch den Eid und den Antritt des Reichspräsidenten beimessen.

Sie müssen sich doch wohl mit dem Schutze der Republik noch nicht so ganz sicher fühlen. Sie denken dabei vielleicht mit Recht an dem Winter 1918/19, wo es Hindenburg war, der die Republik ermöglichte. (Protest links.)

Ich habe am 10. November 1918 in der „Kreuzzeitung“ einen scharfen Protest gegen die Resolution erhoben und am 17. November in demselben Blatte diesen Protest gegen die Resolution und meine monarchische Bestimmung offen und ehrlich wiederholt ausgesprochen. (Lebh. Beifall rechts, große andauernde Unruhe links.)

Wenn der Schutze der Republik jetzt so groß ist, wird es ja wohl auch an der Zeit sein, das Gesetz zum Schutze der Republik mit allen seinen Ausnahmebestimmungen zu beseitigen. (Sehr gut! rechts.)

Wenn Sie glauben, daß nunmehr die republikanische Idee im deutschen Volke endgültig gesiegt habe, so wollen wir Sie großmütig in diesem Glauben lassen, aber wir stehen der republikanischen Idee etwas anders gegenüber. Die 14,6 Millionen, die uns bei der Wahl Hindenburgs gefolgt sind, haben damit ein Bekenntnis abgelegt, das Bekenntnis zu dem Gedanken der Führerpersönlichkeit (Lachen v. d. Komm.), das Bekenntnis zu der ruhmvollen Vergangenheit des deutschen Volkes, zu der Vergangenheit von vor 1918, das Bekenntnis zu Gerechtigkeit und Ordnung (lebhafter Beifall rechts — Gelächter links), das Bekenntnis zum Vertrauen auf den Bestand des ewigen Gottes, wie Hindenburg selbst gesagt hat. (Andauernde Unruhe links. — Zurufe.) Bei der Wahl sind diese Gedanken durch den Willen des Volkes zur Tat geworden;

das Volk hat dem ihm westfremden, uns vom Ausland aufgewungenen republikanisch-demokratischen Gedanken abgelehnt. Halten Sie ruhig an Ihrem Glauben fest, wir kennen unsere Aufgabe!

Unsere Aufgabe wird es sein und bleiben, daß der Gedanke, der uns bei der Wahl am 26. April den Sieg gebracht hat, weiter anwächst, bis die Erkenntnis überall durchdringt, daß Deutschland durch Selbstachtung seine Achtung in der Welt wieder erobert, daß es sich selbst zu behaupten lernt. Es geht um die Ehre und Freiheit der deutschen Nation! (Lebhafter Beifall rechts. — Laute Unruhe links. — Wiederholter stürmischer Beifall rechts.)

Der Standpunkt des Zentrums.

Hg. Dr. Kaas (Z.): Bis zur Revision des Vertrages müssen wir uns bemühen, wenigstens eine locale Handhabung von der Gegenseite zu erreichen. Reklamationsverfahren über die Entwaffnung mögen noch bestehen, aber eine dolose Schuld Deutschlands in dieser Frage müssen wir auf jeden Fall leugnen. Die Militärkontrolle ist ein ganz einziger Vorgang in der Weltgeschichte. Selbst General Foch hat 1924 amerikanischen Berichterstattern gegenüber die materielle Entwaffnung Deutschlands nicht leugnen können. Die zwischen England und Frankreich zusammengefallene Note wird eine Fülle von Behauptungen, aber keine Beweise bringen. Unter der fortwährenden widerrechtlichen Besetzung begehrt das Rheinland seine Jahntausendfeler, die Räumung Kölns ist ad calendas gallicas verschoben. (Sehr gut!) Die harinachtige Buchstabenkontrolle der Entente zerstört die Saat der europäischen Befriedigung. Die Entwaffnungspolitik der Entente kann man gar nicht mehr unter dem Gesichtspunkt des Vertragsrechts betrachten. Wir können keine andere Politik unterstützen, als die getrieben vom Außenminister entwickelte. England ist es seinen Interessen und der Sache des Friedens schuldig, daß mit der Periode der Zweideutigkeit Schluss gemacht und mit den Verhandlungen fortgefahren wird. Mit der Regelung der Reparationsfrage hat Amerika die Durchbruchschlacht der Vernunft gewonnen. Deutschland hat abgerüstet, wo aber bleibt die im Friedensvertrag vorgesehene Abrüstung der anderen? (Sehr gut!) Wir sind einverstanden damit, daß die deutsche Regierung dem Völkerbundsgedanken nicht nur Sympathie, sondern auch aktive Beteiligung widmet. Die jetzige Völkerbundsregierung aber verdient ihren Namen sehr bedingt. Das bezeugt allein schon das Wort „Soar“. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Außenminister hat bei seinen Ausführungen ein gewisses Halbheart über dem Sicherheitsangebot gelassen; wir wollen daher den Schloier nicht zu läuten versuchen. Es muß aber jeder mit der deutschen Ehre und der deutschen Existenz vereinbare Versuch gemacht werden, aus einem Zustande zwischen Deutschland und Frankreich herauszutreten, der nicht Krieg und nicht Frieden ist. Der Friede Europas läßt sich aber nicht begründen auf dem Grabe rheinischer Freiheit. (Sehr richtig!) Der Redner bezeichnet die Reduzierung der normalen Beschäftigungsdauer und die Korrektur des an Deutschland begangenen Unrechts des Kolonialraubes als Vorbedingungen für weitere, über den Rahmen des Versailler Vertrages hinausgehende freiwillige Zugeständnisse Deutschlands. Die Haltung der Zentrumspartei des Reichstags wird die einer ferneren sachlichen Mitarbeit sein. Aber die oppositionellen Außenminister einer dem Kabinett besonders nahestehenden großen Partei dürfen nicht weiter wie bisher tätig sein, sonst würde das schließlich auf unsere gouvernementale Haltung gegenüber dem Kabinett eine Rückwirkung üben. Dr. Kaas betont den parlamentarischen Sammelgedanken: wir können uns aber eine solche Politik nur unter Mitwirkung der großen breiten Massen denken, die das Hauptverdienst an der Überwindung der Revolution haben. Das wäre aussichtsreicher als die in Aussicht gestellten Experimente des Grafen

Bestarp. Es will uns scheinen, als ob es dem neuen Reichspräsidenten leichter gelingen werde, die Anschauungen der ihm nahestehenden über das Eintr und das Recht zu vernehmen. Wir hoffen, daß auch diese Kräfte den Weg der schöpferischen, aufbauenden Synthese zwischen Eintr und Recht finden werden. (Lebhafte Beifall.)

Volkspartei gegen Deutschnationale.

Hg. Freiherr von Rheinbaben (D. Sp.) bezeichnet die Formulierung des Hg. Graf Westarp, daß sich die vierzehnhundert Millionen Wähler Hindenburgs gegen das republikanisch-demokratische System ausgesprochen hätten, als nicht ganz glücklich. Die völkisch eingestellte Wählerchaft hat Hindenburg gewählt, weil sie den Staatsgedanken fördern und vorantreiben wollte, im Gegensatz zu dem parteipolitischen Hin und Her, und weil sie hoffte, daß durch die Wahl Hindenburgs die Einigung und Zusammenfassung unseres Volkes zur Erzielung von Gleichberechtigung und Freiheit erreicht werden könnte. Das Sachverständigen Gutachten ist eine so breite Grundlage unserer Außenpolitik geworden, daß wir allen Grund haben, es sogar durchzuführen. Der Redner warnt davor, bei den Handelsvertragsverhandlungen aus politischen Gründen wirtschaftliche Lösungen anzunehmen, die zum Schaden sein könnten. Gerade in dieser Frage ist größte Vorsicht am Platze. Die englische Regierung hat seinerzeit erklärt, sie werde ganz entschieden darauf drängen, daß diese Höchstfrist nicht abgewartet und die Räumung bereits früher erfolgt. Der Redner fragt, ob diese Versicherung des englischen Ministerpräsidenten heute noch gilt oder ob sie nicht mehr gelte, weil ein Wechsel in der englischen Regierung eingetreten sei. Man müsse dringend wünschen, daß sich die englische Regierung mehr als bisher für die Wiederherstellung der rechtlichen Verhältnisse einsehe. Es sei festzustellen, daß völkerrrechtlich bindende Abmachungen immer noch recht tief in Kurie stehen, sobald es sich um Deutschland handelt. Sind nicht auch in der Behandlung der Saarfrage alle berechtigten deutschen Forderungen nicht berücksichtigt worden? (Lebhafte Zustimmung.) Wie will England seine jetzige Stellungnahme zur Militärkontrollen rechtfertigen? Auf Grund politischer Rücksichten auf die Lage im Innern verbarri Frankreich in dem Widerstand gegen die Räumung der Rheinlande; aus diesem Grunde hat es die Sicherheitsfrage mit der Räumungsfrage verquickelt. Artikel 231 des Vertrages, der uns die Schuld am Kriege verbrieft, muß nach wie vor von uns bis zum Äußersten bekämpft werden; eine gerechte Entscheidung darüber, wer in einem Kriege der Angreifer war, ist überhaupt nicht zu fällen. Das Sicherheitsangebot ist ein hochbedeutender Schritt. Die englische und amerikanische öffentliche Meinung und Politik, auch Italien, haben diesem Schritt grundsätzlich zugestimmt.

In seiner ganzen Bedeutung ist dieses große Opfer, dieser definitive Verzicht auf die ehemaligen Reichslande noch immer nicht genügend erkannt worden.

Auch bezüglich der Ostgrenze ist das Ziel der deutschen Vorschläge niemals auf gewalttätige Revision gerichtet. Nach unserer Meinung kann der bedingungslose Eintritt in den Völkerbund nun und nimmer gutgehießen werden. Wenn sie wollten, könnten England und Frankreich auch ohne das Instrument des Völkerbundes mit uns zur Verständigung kommen. Solange die Rheinlandzone nicht geräumt ist, muß der Eintritt in den Völkerbund ausgeschlossen sein.

Frau Solke spricht...

Hg. Frau Solke (Komm.): Die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu dem unglücklichen Rudolf ist hergestellt. (Heiterkeit.) Wir haben eine einwandfreie Regierung, aber immer noch ist das Rheinland nicht befreit, immer noch ist der Londoner Vertrag nicht erfüllt. Herr Stresemann stand gestern da als betrogener Betrüger.

Vizepräsident Dr. Bell: Frau Solke, Sie dürfen den Herrn Außenminister nicht immer Betrüger nennen.

Frau Solke: Er stand aber so da, als ob... (Schallende Heiterkeit.) Das einzige, was Deutschland England anbieten kann, ist nicht nur die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse, sondern die Opferung der deutschen Arbeiter in einem künftigen Krieg gegen Rußland. Dem Außenminister Dr. Stresemann gilt die Frauenschaft Albions höher als die Freundschaft des großen russischen Volkes.

Minister Dr. Stresemann: Das ist ja völliger Unsinn!

Frau Solke: Die deutsche Bourgeoisie gibt sich nicht zufrieden mit der Schopenhauertrolche, sondern der deutsche Name soll wieder Geltung bekommen. Wir sind mitten in einer großen Kriegsgesfahr. Dr. Stresemann hat seine gestrige Rede wahrheitsgemäß mit dem englischen Botschafter besprochen, um nicht vorzustehen. Im Schatten des großen Räubers will man mürdauern. Der Völkerbund, ein Konföderation von Räubern, hat seine andere Funktion, als Kriege theoretisch zu verurteilen. Wie kommt Hindenburg an die Spitze der deutschen Republik? Hindenburg ist der legale Sohn Rosses und Gberis. (Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten selbst haben den Sieg Hindenburgs verschuldet, nicht wir. Wenn wir dem Rate des „Vorwärts“ gefolgt hätten und den frommen Zentrumsmann Marx gewählt hätten, dann hätten unsere Proleten doch nicht Marx gewählt, ebensomenig wie (zu dem Satz) eure Arbeiter in Sachen Marx gewählt haben. Nicht eher wird die Arbeiterklasse die Macht in der Hand haben, bis sie nicht die Wehrmacht, die Beamtenchaft, die Kirche, die Schulen, die Presse in der Hand hat. Diese Macht kann man aber nur im Kampfe erringen. Wir allein werden gegen die Monarchie kämpfen. Es geht um die Kaiserrepublik! Der nächste Schritt zur Wiederherstellung des Weltfriedens ist die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit.

Die Demokraten für Sicherheitspakt und Völkerbund.

Hg. Graf v. Bernstorff (Dem.): Auch in unserer Fraktion gibt es einige Bedenken gegen den Sicherheitspakt, und wir behalten

uns unsere Stellungnahme dazu vor, wenn wir die Bedingungen des Paktes kennen. Wir hätten gewünscht, daß die Erklärungen des Herrn Ministers Stresemann noch etwas kategorischer dahin gelautet hätten, daß die bisherige Außenpolitik fortgeführt werden solle. Die Fragen des Sicherheitspaktes, der Militärkontrollen und des Völkerbundes stehen in engem Zusammenhang und müssen nach einer gleichzeitigen Lösung für sie alle streben. Durch unseren Eintritt in den Völkerbund würden wir unsere Stellung auch in bezug auf den Artikel 16 festlegen. Dadurch darf aber unsere Stellung zu Rußland nicht geändert werden. Die Lage könnte durch unseren Eintritt verbessert werden. Für die Verzögerung der Räumung gibt es tatsächlich keinen Ausdruck, der parlamentarisch wäre. Diese Umstände müssen wir aber durch Verhandlungen weiter besprochen werden. Die deutsche Kriegsschuld ist eine Bürde, es gelangt nicht, sie zu widerlegen, aber es wird ganz anders wirken, wenn der deutsche Vertreter im Völkerbund immer wieder und wieder auf die Lösung dieser Frage drängen würde. Wir wünschen natürlich nicht, daß Deutschland morgen eintritt, aber es würde nützlich sein, wenn Deutschland den anderen Mächten seine Bereitwilligkeit kund tun würde, wenn die Vorklagen in seinem Sinne gelöst wären. Die Fragen der Kolonien und des Anschlusses Österreichs sind auch Gegenstände der Behandlung im Völkerbund. (Beifall bei den Demokraten.)

Hg. Bredt (Wirtsch. Vgg.): Wir verketenem durchaus nicht, daß mit der Wahl des neuen Reichspräsidenten eine Änderung der politischen Lage eingetreten ist. Das war auch unser Zweck bei dieser Wahl. Diese Volkswahl unterschied sich doch wesentlich von der Wahl des ersten Reichspräsidenten, die eigentlich nur der letzte Streich der Kugeln der Revolution war. (Erregte Zurufe bei den Sog.) Wenn wir auf verfassungsmäßigem Wege eine Revision der Weimarer Verfassung herbeiführen wollen, so denken wir dabei gar nicht an die Frage der Staatsform. Wenn wir in den Völkerbund eintreten, müßten wir auch von vornherein

erklären, daß Deutschland nicht in der Lage ist, sich einer militärischen Exekution des Völkerbundes anzuschließen.

Hg. Graf Lerchenfeld (Bayer. Sp.) Ein Sicherheitspakt, der uns auf unabsehbare Zeit bindet, bedarf der sorgfältigsten Vorbereitung. Der Verlust des Elsaß mit seiner deutschen Bevölkerung empfinden wir besonders im Süden schmerzhaft. Ein Verzicht kam natürlich immer nur nach den gegenwärtigen Umständen gelten. Wenn die Weltverhältnisse sich ändern, dann müssen wir auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker — natürlich friedlich — die Forderungen ziehen. Das Problem der endgültigen Festlegung unserer Ostgrenze gegen Polen ist ein im Augenblick kaum zu lösendes Problem. Das dringendste Problem ist aber die Rheinlandfrage. Es bleibt uns nur übrig, mit allem Nachdruck immer wieder an das Gerechtigkeitsgefühl der Welt zu appellieren.

Hg. Graf Reventlow (Wirtsch.): Das Sicherheitsangebot hat bisher nur eine negative Wirkung gehabt. Artikel 19 der Völkerbunds-Statuten sieht die Möglichkeit der Abänderung bestehender Verträge vor. Wenn wir uns aber durch den Sicherheitspakt freiwillig von neuem auf den Versailles Vertrag verpflichten und uns dadurch auch die Möglichkeit einer Abänderung der Ostgrenzen nach Polen beschränkt wird — was sollen wir denn noch im Völkerbund? — Wir denken nicht an eine gewalttätige Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, aber eine deutsche Pflicht wäre es zu verlangen, daß aus besondern die Völkerebene das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für das besonders die Völkerebene so eingenommen ist, angemahnt wird. Wir erwarten nicht einmal, daß die elsasslothringische Bevölkerung sich freiwillig für Deutschland bekennen würde, aber bei deren Gegenüber zu Frankreich könnte ein autonomer Staat entstehen, der neutralisiert werden könnte wie die Schweiz.

Damit ist die Aussprache der ersten Rednerreihe beendet.

Präsident Cöbe teilt den Mißtrauensantrag der sozialdemokratischen Partei mit.

Das Haus vertagt sich: Mittwoch 12 Uhr Fortsetzung der politischen Aussprache. Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen über das Bergwerkunglück auf Zeche Dorfeld. Schluß 9 1/2 Uhr.

Um die Aufwertung. Sozialdemokratischer Antrag im Ausschuß.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Aufwertungs Ausschusses stellte Genosse Keil den Antrag, dem von den Deutschnationalen aus dem Ausschuß entnommenen Abgeordneten Dr. Best beratende Stimme einzuräumen. Es sei ein einfaches Gebot der Bonafidität und des politischen Anstandes, dem Wanne, der auf ein festes Programm gewählt worden sei und mit diesem Programm der Deutschnationalen Partei viele Wähler gewonnen habe, die Möglichkeit zur Vertretung seiner Anschauungen im Ausschuß zu geben. Von Rechts wegen müßte die Wählerchaft jetzt neu befragt werden, wie sie über den Verratsbunde, den die Deutschnationalen an den Gläubigern begangen haben. Das Ergebnis würde sein, daß nicht der Herr Best, sondern eine Reihe von Sigen der Deutschnationalen Fraktion von den Wählern für ungültig erklärt würden. — Nach längerer Auseinandersetzung, in der die Deutschnationalen ihre Verlegenheit nicht verbergen konnten, wurde der Antrag Keil in Anwendung des § 11 der Geschäftsordnung angenommen. Der Antrag des bayerischen Volksparteitellers Emminger, auch dem politischen Abgeordneten Seiffert beratende Stimme zu geben, wurde abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

In der nunmehr wieder aufgenommenen allgemeinen Aussprache über die Regierungsvorlage stellten die Sozialdemokraten zum § 3 einen Antrag, dessen grundlegende Bestimmungen lauten:

„Ansprüche aus Vermögensanlagen der im § 1 Abs. 2 Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Art werden auf 40 Proz. des Goldmarkbetrages aufgewertet. Von dem Gläubiger oder dem Eigentümer kann eine Erhöhung oder Herabsetzung der 40 Proz. verlangt werden, wenn dies nach den besonderen Umständen des Falles zur Abwendung einer großen Unbilligkeit geboten erscheint.“

Zur Begründung des Antrages trug Genosse Keil

folgendes vor: Der Ausschuß hat mit Mehrheit beschlossen, die Regierungsvorlage zur Grundlage seiner Beratungen zu machen. Das bedeutet, daß die Ausschlußmehrheit die individuelle Regelung der privaten Schuldforderungen ablehnt. Von dieser Tatsache ausgehend bleibt nur zu prüfen, welche Regelung den rechtlichen und sozialen Erwägungen im weitestgehendem Maße gerecht wird, ohne zugleich die Grenze des wirtschaftlich Tragbaren zu überschreiten. Die Regierungsvorlage sowohl als die Vorlage des Reichsrats erfüllen weder die Grenze des wirtschaftlich Tragbaren, noch tragen sie dem sozialen und dem Reichsgebot in einer befriedigenden Weise Rechnung. Auch der Vorschlag der Kompromißpartei bleibt hinter dem Mindestmaß dessen, was der Gläubiger ohne Gefährdung des Wirtschaftslebens beanspruchen kann, noch weit zurück. Nach der Festlegung der Währung und der Erhöhung der Wirtschaft, die im letzten Jahre eingetreten ist, wird das Rechts- und das soziale Empfinden unseres Volkes es nicht verstehen, daß der Gläubiger, der in der Regel infolge der Geldentwertung verarmt ist, mit einer Aufwertung abgefunden werden soll, die unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Verzinsungs- und Rückzahlungsansprüche, ungeachtet der verminderten Kaufkraft der Goldmark, etwa 1/4 des

bargeliehenen Goldmarkbetrages ausmacht. Das ist um so weniger verständlich, da der Schuldner in der Regel als Besitzer der Sachwerte, die als Pfand für die Forderung des Gläubigers dienen, mindestens um den Betrag wohlhabender geworden ist, den sein oder seine Gläubiger durch die Wertentwertung eingebüßt haben. Unter Abwägung aller Verhältnisse des städtischen und des ländlichen Grundbesitzes erscheint

normalerweise eine Aufwertung auf 40 Proz. sehr wohl tragbar.

In den Fällen, in denen dieser Satz für den Schuldner eine grobe Unbilligkeit oder gar eine Gefahr für seine wirtschaftliche Existenz bedeuten würde, kann auf Antrag die auch im Regierungsentwurf vorgesehene Ermäßigung eintreten. Dieser Möglichkeit muß aber die andere gegenüberstehen, daß auch der Gläubiger Erhöhung der 40 Proz. verlangen kann, wenn unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Parteien die Beschränkung auf 40 Proz. für ihn eine grobe Unbilligkeit darstellen würde. Wir verstehen diese beiden Möglichkeiten nicht so, daß jeder einzelne Fall der Nachprüfung unterliegen soll. Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil der Fälle dadurch erledigt wird, daß beide Parteien sich mit dem Satz von 40 Proz. abfinden. In einem weiteren Teil der Fälle wird die Aufwertungsfrage ohne eingehende Untersuchung festzustellen, daß von einer groben Unbilligkeit keine Rede sei und daher eine Abweichung vom Normalsatz nicht in Betracht kommt. Nur beim Rest der Fälle werden die Verhältnisse näher zu prüfen sein zwecks Herbeiführung einer Entscheidung. Wir gehen weiter davon aus,

daß die Verzinsungs- und Rückzahlungsbestimmungen erheblich zu verbessern sind.

so daß sie nicht den Grad der Aufwertung wieder stark senken.

Der Normalsatz von 40 Proz. trägt der Tatsache ausreichend Rechnung, daß die Ausnutzung des städtischen Hausbesitzes während einer Reihe von Jahren beschränkt war und daß die Mieten sich heute noch unter den Vorkriegsständen bewegen. Mit der Friedensmiete, um die die Wohnungspolitik der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien raschen Schrittes kostete, und die von uns als das Höchstmäß des für die Lohn- und Gehalts empfänger Tragbaren gilt, ist der Normalsatz von 40 Proz. vereinbar. Dieser Satz läßt noch Raum für eine ergebige Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens. Die Hauszinssteuer dagegen, soweit sie zur Deckung allgemeiner Aufgaben der öffentlichen Verwaltung dient, muß durch eine andere, die Steuerzahler nach der Leistungsfähigkeit erfassenden Steuer ersetzt werden.

Soweit der ländliche Grundbesitz in Frage kommt, beweisen die neuerdings bei Grundstücksverkäufen verzierten Preise, daß auch hier ohne weiteres 40 Proz. tragbar sind. Der Antrag ist so gedacht, daß die 40 Proz. mit einigen später noch zu regelnden Modalitäten auch für die Industrieobligationen gelten sollen.

Aus der Beratung, die sich an diese Begründung angeschlossen, ergab sich deutlich, daß der Antrag den Kompromißpartei einig Kopferbreiten verursachte, obwohl er im wesentlichen einen Gesetzesvorschlag entspricht, den der frühere Staatssekretär Riegel vor Jahresfrist gemacht hat. Wenn damals schon die Wirtschaft für so leistungsfähig erachtet wurde, eine Aufwertung von 40 Proz. tragen zu können, so kann diese Fähigkeit heute auf keinen Fall mehr bestritten werden. Der Zentrumabgeordnete Boksch hielt

Herren-Kleidung.

Paletots

Paletot	Covercoat mittelgrün M. 48.-
Paletot	Covercoat, Sport-Paeton M. 58.-
Paletot	Covercoat, braun M. 85.-
Paletot	Covercoat, prima Qualität	... M. 105.-
Paletot	Marango, weißes Qualität	... M. 60.-
Paletot	Marango auf Seide M. 99.-

Anzüge

Sacco-Anzug	Cherhol, Treibig, hell u. dunkel gemastert M.	39.-
Sacco-Anzug	Cherhol, Treibig, grau, 4 aufgesetzte Taschen M.	45.-
Sacco-Anzug	Whitwood, maßgefertigt, sportmäßig verorb. M.	65.-
Sacco-Anzug	Kammwolle, mittelgrün gestreift	75.-
Sacco-Anzug	Gabardine, neuzeit Form, aparte Muster M.	125.-
Sacco-Anzug	Blau Cherhol, Treibig, moderne Form	75.-
Sacco-Anzug	Blau Cherhol, Treibig, gute Qualität	80.-

Ulster

Ulster	Cherhol, mittelbraun, Schiffsform mit Gürtel M. 42.50
Ulster	Cherhol, mittelgrün, mit Rücken, Strick, 2reihig M. 65.-
Ulster	Gabardine, in grau und braun	... M. 75.-
Ulster	Gabardine, sparis Muster, 2reihig, mit Abhangsrücken M. 98.-
Ulster	Whitwood, schiefergrün, moderne Form	M. 110.-
Ulster	Gabardine, dunkelgrün, beste Verarbeitung M. 115.-

Edders & Dyckhoff

GERTRAUDTENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE

Büstre-Saccos
Wasch-Anzüge
Gelle Sport-Beinkleider

trotzdem den Sach von 40 Proz. für zu hoch, kam aber zu dem Ergebnis, daß die einseitige Härteklause des Entwurfs zugunsten des Schuldners fallen müsse. Der Wirtschaftsparteiler Dr. Jörissen lehnt gleichfalls die 40 Proz. ab, will aber die Härteklause zum Vorteil des Schuldners bestehen lassen, ohne sie dem Gläubiger einzuräumen. Der Volksparteiler Dr. Wunderlich glaubte der Sozialdemokratie Reinigungsänderungen vorhalten zu können. Was die Sozialdemokratie jetzt beantragt, habe der verordnete Abgeordnete Dr. Dürringer schon vor Jahresfrist gefordert! Heute stehe fest, daß mehr als 25 Proz. nicht tragbar seien. Der Zentrumsgewählte Ehrhardt wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, stimmte aber den Vorschlägen des Abgeordneten Kell bezüglich der Aufwertung der Sparkasseneinlagen zu.

Staatssekretär Joel vom Justizministerium erklärte, die Regelung sei auf den Boden des neuen Kompromisses getreten und halte daran fest. Sie habe keinen Anlaß, sich an einer Generaldebatte weiter zu beteiligen.

Der deutschnationale Dr. Rademacher bekämpfte scharf den sozialdemokratischen Antrag und erklärte, schon der Sach von 25 Proz. der Kompromisspartei sei bei der Wirtschaft auf schwerste Bedenken.

Genosse Ströbel trat den Zahlenunfälligkeiten des Berechners entschieden entgegen und begründete die Tragbarkeit der 40 Proz. mit dem Hinweis auf die Goldbilanzen vieler Industrie- und Kaufpreise für zahlreiche landwirtschaftliche Güter. Der Kompromißvorschlag bezwecke nur die Legalisierung der gigantischen Vermögensvermehrungen.

Genosse Kell trat der von Dr. Wunderlich verbreiteten Legende nachdrücklich entgegen, als ob die Sozialdemokratie sich bisher ungeschickt auf den Boden der Besten Vorschläge gestellt habe. Sie habe nur die Beratung dieser Vorschläge im Ausschuß mit allem Vorbehalt und mit der Absicht verlangt, ihre Abänderungsanträge dazu zu stellen. Dabei habe sie allerdings zugleich feststellen wollen, wie weit für die deutschnationale Aufwertungspolitik noch Treu und Glauben gelte. Sie habe den Erfolg erzielt, daß nunmehr die Gläubiger und Sparrer eingesehen hätten, wie sehr ihr Vertrauen von den Deutschnationalen mißbraucht worden sei.

Die Generaldebatte wurde geschlossen; die Einzelberatung beginnt am Freitag.

Um Höfles Todesursache.

Prof. Lewin gegen die Selbstmordstheorie. — Vergiftung durch die ärztlich verordneten Schlafmittel? — Eigenartige Untersuchungsmethoden der Staatsanwaltschaft.

Der Höfle-Ausschuß hatte gestern einen arbeitsreichen Tag. Ein Teil seiner Mitglieder war bereits um 1/29 Uhr nach Koabit gegangen, um das Gefängnislazarett und insbesondere die Apotheke persönlich zu besichtigen. Ueber die gemachten Wahrnehmungen soll noch berichtet werden. Um 11 Uhr vormittags trat sodann der Gesamtausschuß zu einer Sitzung zusammen, in der weitere Zeugen, hauptsächlich vom Gefängnispersonal, vernommen wurden. Ihre Aussagen ergaben nichts wesentlich Neues, vor allem konnte der rätselhafteste Schlafmittelfund in keiner Weise geklärt werden. In dessen sollte der Ausschuss von seinem eigentlichen Aufgabengebiet durch einen Zwischenfall vorübergehend abgelenkt werden, der allerdings wichtig genug war, um einer gründlichen Klärung zu bedürfen.

Der Zeuge Justizoberwachmeister Franke II schilderte auf Grund einer Anfrage des Genossen Dr. Weyl seine Ergebnisse bei einer Vernehmung, der er sich, ebenso wie seine Kollegen, bei der Staatsanwaltschaft hätte unterziehen müssen. Die Staatsanwaltschaft hat nämlich eine eigene Untersuchung über den Tod Höfles eingeleitet, was ihr gutes Recht und sogar ihre Pflicht ist. Daß sie die gleichzeitige parlamentarische Untersuchung derselben Angelegenheit nicht sehr gern sieht, kann man ihr nachfühlen. In welchem Geiste aber sie diese eigene Untersuchung betreibt, das ging aus der sehr lebendigen Schilderung des Zeugen Franke über das

Auftreten des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Duden ihm gegenüber hervor. Als der Wachmeister Franke diesem seine Personals und dazu noch überflüssigerweise seine evangelische Konfession angegeben hatte, hatte der Herr Staatsanwaltschaftsrat Duden ihm die höchst eigenartige Antwort erteilt:

„Sie täten besser, mosaisch oder Zentrumsman zu sein.“

Gleich danach hatte dieser Dr. Duden ihm erklärt:

„Wie werden Sie jetzt zwiebeln und der Untersuchungsausschuß des Landtages wird Sie gleichfalls noch mehr zwiebeln. Sie können Gott danken, wenn Sie nicht vor diesem Ausschuss erscheinen müssen!“

Da ihm außerdem von Dr. Duden zunächst unterstellt worden war, er hätte vielleicht in der Angelegenheit der Schlafmitteltabletten seine Hand im Spiele gehabt, wühlte sich Franke über diese Art der Behandlung mit Recht beleidigt und berichtete sofort darüber dem Vertrauensmann des Gefängnispersonals. Der Zeuge gab an, der Pfleger Müller hätte sich über eine ähnliche Behandlung durch den Staatsanwaltschaftsrat Duden bei den Kollegen beschwert.

Genosse Dr. Weyl beantragte hierauf die sofortige Vorladung des Herrn Duden, wogegen sich zunächst der deutschnationale Abgeordnete Dallmer wandte, doch wurde in nicht öffentlicher Sitzung diesem Antrag stattgegeben.

Nach einer Mittagspause wurden zunächst weitere Zeugen ohne wesentliches Ergebnis vernommen, sodann erschien Herr Staatsanwaltschaftsrat Dr. Duden, ein jüngerer Mensch von nicht übermäßig intelligentem Aussehen. Seine Vernehmung bestätigte diesen äußerlichen Eindruck. Die Zeugung über die Konfession bestritt er zunächst entschieden, später aber, auf Vorhalt, schränkte er dieses Zeugnis dahin ein, daß er sich nicht mehr entsinnen könne. Die andere Äußerung über das „Zwiebeln“ gab er zu. Er erklärte jedoch, daß das nicht bödsartig gemeint gewesen sei, sondern nur scherzhaft.

„um mit dem Zeugen leichter in Berührung zu kommen.“ (1)

Er stellte sich als ein in Deutschland viel gereister Mann vor, der die Dialekte sofort erkenne und, wenn einer z. B. schlesisch spreche, dann sage er ihm: „Sie werden sicher auch polnisch verstehen“, und so sei er auch zu dem Ausdruck „zwiebeln“ gekommen. Diese Aussage machte auf alle Zuhörer einen geradezu jämmerlichen Eindruck. Der Gedanke, daß man diesem Menschen die selbständige Leitung einer immerhin nicht unwichtigen Untersuchung übertragen hat, spricht nicht gerade für den Reichtum der Berliner Staatsanwaltschaft an geistigen Kapazitäten. Und selbst wenn man

annimmt, daß jene Äußerungen scherzhaft und zutraulich gemeint waren — von dem vernommenen Zeugen waren sie allerdings anders aufgefaßt worden —, so enthüllen sie eine Geistesverfassung bei den „jüngeren Herren“ der Staatsanwaltschaft, die ganz in den Rahmen des bisher Bekann gewordenen hineinpaßt.

Der Zeuge Duden soll mit dem Zeugen Franke und den übrigen Beteiligten heute konfrontiert werden.

Die dritte Sitzung des gestrigen Tages, die um 1/7 Uhr abends begann, war eine der wichtigsten seit Beginn der Untersuchung. Es wurde nämlich nochmals Dr. Thiele als Zeuge vernommen, und zwar unter Hinzuziehung von zwei medizinischen Sachverständigen, Prof. Lewin und Prof. Joachimowicz. Namentlich der Erstere, der auf dem Gebiete der Toxikologie, d. h. der Giftelehre, europäischen Ruf genießt und seit Jahrzehnten als Sachverständiger an zahlreichen Giftmordprozessen ausschlaggebend mitgewirkt hat, richtete an den Gefängnisarzt eine Reihe von Fragen, die zu dem Ergebnis führten, daß die

Selbstmordstheorie entscheidend erschüttert wurde.

Die Ausführungen Lewins wirkten geradezu sensationell; er erklärte und begründete diese Ansicht wiederholt im Laufe des Verhörs, daß er einen Selbstmordversuch zu dem Zeitpunkt, in dem er nach Annahme Thieles und der obduzierenden Ärzte Straßmann, Stürmer und Ripper erfolgt sein soll, für ausgeschlossen halte. Vielmehr gab er der Ueberzeugung Ausdruck, daß

Höfle an einer Vergiftung durch die ihm gewissermaßen regulär verabfolgten, d. h. ärztlich verschriebenen Schlafmittel gestorben sei.

Er erklärte wörtlich, daß nach seiner Auffassung Dr. Höfle Dr. Höfle bereits spätestens am 13. im klinischen Sinne ein verlorener Mann gewesen sei. Er führte diese tödliche Vergiftungserkrankung auf die Zusammenwirkung der ihm verabfolgten Schlafmittel zurück.

Im übrigen stellte auch er durch Befragen Thieles fest, daß dieser, als er an die Möglichkeit einer Vergiftung zum erstenmal dachte, nämlich am 18. nichts dagegen unternommen hätte, weder eine Magenpflügelung noch einen Darmeinlauf noch eine Atropineinjektion. Er sah seine Ansicht dahin zusammen, daß

Dr. Thiele den Zustand Höfles zunächst erkannt und daß er ihn später anzureichend behandelt hätte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beteiligten sich auch mehrere Abgeordnete an dem Verhör und stellten Widersprüche zwischen den früheren Aussagen Thieles und seinen heutigen Bekundungen fest. Unter anderem konnte der Gefängnisarzt auf die Fragen des Genossen Kuttner den Widerspruch nicht auflösen, der sich zwischen seiner Bekundung ergibt, daß am 15. April eine wesentliche Verschlechterung beobachtet worden sei und seiner Meldung an den Untersuchungsrichter Dr. Rothmann vom 16. April, daß der Zustand im ganzen unverändert sei. Dr. Thiele wußte darauf immer nur zu antworten, daß die seelische Depression sich verschlimmert hätte. Die Krankheits Symptome seien dagegen dieselben geblieben. Demgegenüber wies Kuttner darauf hin, daß alle sonstigen Zeugen, nicht nur die Krankenpfleger, sondern sogar die Gefängniswachmeister die gefährliche Verschlimmerung sofort beobachtet hätten. Nur der Arzt will sie nicht bemerkt haben! Besonderes Aufsehen erregte die Mitteilung Thieles auf eine Anfrage des Genossen Dr. Weyl, daß er bei seinen vorgelegten Behörden, insbesondere beim Geheimrat beimrat Krohne vom Wohlfahrtsministerium als zu human verschrien war und daß er noch am 18. April, d. h. zufällig am Tage, an dem die Agonie Höfles begann, zu jenem Geheimrat Krohne ins Ministerium beordert worden sei, der ihm nahelegte, aus dem Gefängnisdienst auszuscheiden und in seine frühere kreisärztliche Tätigkeit zurückzukehren!

ber 1924, dem Zeitpunkt, von dem ab die amtliche Statistik einsetzt, sind die Gesamteinlagen wie folgt gestiegen:

Gesamteinlagen in Preußen. (In tausend Mark.)

	Spareinlagen		Giroeinlagen	
	Bestand	Zunahme	Bestand	Zunahme
November 1924	832 226		279 926	
Dezember 1924	404 102	71 877	895 709	129 788
Januar 1925	482 802	78 900	485 610	89 901
Februar 1925	558 847	71 845	511 860	25 770
März 1925	621 722	67 775	545 134	33 764
Gesamtzunahme		280 497		279 208

Bei einem Vergleich mit dem Guthabenbestand Ende 1913 im Höhe von 18,11 Milliarden Mark erscheint das Ergebnis allerdings nicht erheblich, sind es doch nur 5,5 Proz. oder rund der 18. Teil der Friedenssumme, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß 1913 noch das Spartapital der inzwischen abgetrennten Gebiete mitgezählt war. Der gegenwärtige Stand der Sparsparnisse entspricht ungefähr dem vom Jahre 1872; damals verteilte sich die Summe nur auf 900, heute dagegen auf etwa 1450 Sparkassen.

Nach dem Einlagenbestand von Ende März 1925 kommen 16,03 Mark Spareinlagen auf den Kopf der Bevolk.

Wirtschaft

Einlagenbestand der preussischen Sparkassen.

Zum erstenmal seit der Vorkriegszeit liegen wieder Zahlen über die Spareinlagenbewegung in Preußen vor, die einen Vergleich mit den Goldmarkziffern von 1913/14 zulassen. Bei der Gegenüberstellung muß man aber von vornherein berücksichtigen, daß der Charakter der auf Sparkonten angelegten Beträge heute teilweise ein anderer ist als vor dem Kriege. Während im Frieden aus den erübrigten regelmäßigen Einkommen Rücklagen bei den Sparkassen gemacht wurden, sind jetzt erhebliche Teile der Sparguthaben aus der Umwandlung der aus der Inflationsepoche seit gerateten Sachwerte und Effekten entstanden; ferner liegen heute auf Sparkonten Beträge, die nach den Wünschen des Anlegers vorläufig wenigstens nicht zur langfristigen Kapitalanlage bestimmt, sondern als stets greifbare Wirtschaftsrücklagen anzusehen sind und durchschnittlich sechsmal mehr bewegt werden als 1913. Das Sparen im früheren Sinne wird erst mit der Besserung der Wirtschaftslage wieder allgemein werden können. Unter Berücksichtigung dieser Momente zeigt sich folgendes Bild:

Ende März 1925 betragen die Spareinlagen bei den preussischen Sparkassen 621,7 Millionen RM., etwas geringer ist der Betrag der Girogelder, die sich auf 545,1 Millionen RM. belaufen. Seit Novem-

Stübenhocker,
lest
die
„Korallen“!

Die ihr in Steinmauern lebt und in engen Wänden über Büchern sitzt, für Natur schwärmt, weil ihr sie entbehrt und Anbeter alles Schönen auf der Erde seid,

lest die „Korallen“!

Die ihr nichts von Fischen und Vögeln, von Bienen und Schmetterlingen seht, nichts von den Blumen der Heimat und denen fremder Täler und Berge,

lest die „Korallen“!

Die ihr Bilder sucht von fremden Völkern und fremden Welten, die ihr von Forschungsreisen hören und sehen wollt, von Funden aus alter Zeit,

lest die „Korallen“!

Die „Koralle“ ist das Magazin für alle Freunde von Natur und Technik, alle Schönheitsdurstigen, alle Bildungshungrigen! Wer sein Wissen bereichern will, wer Nützliches in schöner Form in sich aufnehmen will, lese die

„Korallen“!

Die „Koralle“ ist überall in Buch- und Papierhandlungen, im Strahhandel und auf Bahnhöfen für 4 Mark zu haben.

Leistung gegenüber 311,36 Mark vor dem Kriege. Seit Beginn der Stabilisierung hat also durchschnittlich jeder ganze 16 Mark bei den Spartassen zurückgelegt.

Wie langsam und schwierig die Kapitalanammlung vor sich geht, dafür folgendes Beispiel: Im Frieden wurde ein Sparguthaben von 1000 Mark von drei Personen aufgebracht, gegenwärtig müssen zu dieser Summe 62 Personen beisteuern. In den vier Monaten von Dezember 1924 bis März 1925 hat im Durchschnitt jeder täglich 6 Pfennige zurückgelegt, was in dieser kurzen Zeit einen Zuwachs um über 1/2 Milliarde Mark zur Folge hatte. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß tatsächlich von breiten Volksschichten ein unwirtschaftlicher Verbrauch, z. B. von Tabak und Alkohol getrieben wird, daß also auf Kosten dieses Verbrauches die Spartätigkeit noch intensiver sein könnte, so wird man doch nicht fehlgehen, wenn man die Hauptursache anderswo sucht. Die niedrige Kaufkraft der Löhne, der durch Kriegs- und Inflationswirkungen außerordentlich gestiegene Bedarf zwingen viele Sparwillige, ihre letzten Groschen für Waren auszugeben. Eine vernünftige Lohnpolitik wird so zur Voraussetzung für eine bessere Spartätigkeit.

Inflationsnachwirkungen und Arbeiterschaft.

Die Ausführungen, die der Staatsbankpräsident a. D. Genosse R. Soeh zu dem Thema Nachwirkungen der Inflation und ihre Rückwirkung auf die Arbeiterschaft an einem Vortragsabend der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung machte, machten es begreiflich, warum sich die Reaktion so große Mühe gab, Soehs öffentliches Wirken durch eine schamlose Hege zu unterbinden. Er führte u. a. aus:

Den tatsächlichen Zusammenbruch des Spartkapitals und der Banken während der Inflation illustriert nichts besser als die Tatsache, daß in dem Etat 695 Mill. Kredite für die Landwirtschaft vorgesehene sind. Hätte man die auf dem Götterberg vorgeschlagene Fundierung der deutschen Schuld und die unabsehbare Beteiligung des Staates an den Schwerten rechtzeitig vorgenommen, so wäre damit eine schnelle Beendigung der damals beginnenden Inflation erreicht worden. Der deutsche Kapitalismus benutzte die Inflation als Mittel, die durch den Krieg verloren gegangenen Auslandsvermögen neu zu schaffen. Als eine der Nachwirkungen der Inflation bezeichnet Soeh die Tatsache, daß der Arbeiter schlechter entlohnt wird als vor dem Kriege. Helfferich wußte schon, was er mit seinem Projekt der Roggenmark wollte, nämlich einen Zollschuß für Getreide ohne Parlament. Das Getreide ist heute ein politischer Faktor. Es ist für die deutsche Arbeiterschaft eine Umorientierung nach der Richtung notwendig. Sie muß erkennen, daß politische Fragen durch die Wirtschaft entschieden werden. Wir müssen uns Reserven für die Ernährung schaffen. Wir müssen das Proletariat, das aus der Landwirtschaft zur Industrie gekommen ist, dieser wieder zuführen. Die Industrie hat die Inflation benutzt, sich zu organisieren. Die Schwerindustrie hat uns bewiesen, daß die Sozialisierung möglich ist. Wir können den Kapitalismus nur mit seinen eigenen Methoden bekämpfen. Technisch ist die deutsche Industrie nicht auf der Höhe, weil die deutschen Massen sie nicht zwingen, sich auf den Massenbedarf einzustellen. Es ist ein Wahnsinn,

zu behaupten, daß wir auf Kosten der Löhne billig im Inland produzieren müssen, um exportieren zu können. Den Arbeitern muß zugerufen werden: Spart nicht, verbraucht und schafft Arbeitsgelegenheit! Organisiert den Konsum. Wenn die politische Macht die wirtschaftliche Macht nicht zwingt, Dienerin der politischen Macht zu werden, ist diese eine hohle Macht. Hier liegt die Aufgabe der Gewerkschaften und Betriebsräte. Sie müssen durch Steigerung der Löhne, durch Umorganisation der Betriebe im Sinne einer Steigerung des Konsums auf die Preisbildung einwirken.

Preussische Landespfandbriefanstalt.

Die durch den Kreditkandal der Karlowitz, Zigaretten und Chardorf bekanntgewordene Preussische Landespfandbriefanstalt veröffentlicht jetzt Geschäftsbericht und Bilanz für das Jahr 1924. Nach einem der Presse zur Verfügung gestellten Kommuniqué stellt der Geschäftsbericht fest, daß Verwaltungsrat und Arbeitsausschuß den gesamten Betrieb der Anstalt eingehend geprüft haben, bevor die im Parlament behandelten jahungswidrigen Kreditgeschäfte bekannt wurden. Festgestellt wurde dabei, daß die übrigen Geschäfte in Ordnung und daß auch die beantragten Kredite sichergestellt sind. Eine Beeinträchtigung der Liquidität der Anstalt ist infolge der getroffenen Maßnahmen nicht eingetreten, auch steht zu erwarten, daß bei der Abwicklung der besonderen Kreditgeschäfte ein Schaden für die Anstalt nicht eintreten wird.

Das Kapital der Anstalt, das nach Umstellung auf Goldmark 18461,15 M. betrug, ist im Laufe des Jahres 1924 auf 1249 621,27 Mark gestiegen und im Jahre 1925 um weitere 3 Millionen Reichsmark erhöht worden.

Ihre Aufgabe — Förderung des Kleinwohnungsbaues durch Vergabe hypothekarischer Darlehen — hat die Anstalt durch Herausgabe von erstklassigen Hypothekendarlehen im Betrage von 6 961 192,30 Goldmark erfüllt, durch die insgesamt 4445 Wohnungsbauten im Bereiche des Preussischen Staates erstklassig beliehen werden konnten. Daneben sind noch 152 000 Goldmark für Kommunaldarlehen gegeben worden. Ferner hat die Anstalt aus dem staatlichen Zwischentreditfonds, der ihr in Höhe von 2 450 000 Mark zur Verfügung gestellt worden war, Zwischentredite zur Errichtung von Kleinwohnungsbauten gegeben, bei deren Verteilung das besetzte Gebiet und die Grenzprovinzen besonders berücksichtigt werden konnten und durch die der Bau von 3044 Wohnungen finanziert worden ist. Außerdem ist die Anstalt mit der Verwaltung der für die Ansiedlung abgebauter preussischer Beamter und Lehrer auf Grund des Gesetzes vom 27. März 1924 bereitgestellten Mittel in Höhe von insgesamt 3 Millionen Reichsmark beauftragt worden.

Der Bilanz weist einen Reingewinn von 162 386,59 M. aus, der nach den Beschlüssen der Hauptversammlung zur weiteren Stärkung der Anstalt in vollem Umfange in Reserve gestellt ist.

Schlesische Bergwerks- und Hütten-A.-G. Beuthen O.-Schf. Die Schlesische Bergwerks- und Hütten-A.-G. ist der kleinere Teil der früheren Schlesischen A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb Opine, die ihrerseits das Kernwerk des Fürsten Guido von Donnersmarck-Konzernes war und durch die Teilung Oberschlesiens im Jahre 1921 in ungleiche Hälften zerrissen wurde. Die Schlesische Bergwerks- und Hütten-A.-G. ist der deutsch-

gebliebene Teil des Gesamtwerks, der nach der Auflösung von dem Ritterswert 1922 in eine neugegründete deutsche A.-G. übergeführt wurde, während das Ritterswert unter dem alten Namen eine polnische Gesellschaft wurde. Der erste Geschäftsjahresbericht des deutschgebliebenen Wertteils hätte bemerkenswert sein können, da er über die Wirkungen der neuen Grenzführung auf den Konzernkomplex, der die aufeinander eingespielten Betriebe verschiedener Gattungen, Steuermethoden und auch Konjunkturen unterstellte, hätte Aufschluß geben können. Leider ist das unterlassen worden. Immerhin läßt sich aus den Fußnoten zur Darstellung der Betriebsverhältnisse entnehmen, daß die politisch getrennten Wertkomplexe ihren betrieblichen Zusammenhang aufrechterhalten haben. Die in den deutschen Zinkbergwerken gewonnene Zinkblende wird auf Grund eines Hüttenlohnwertvertrags von den bei der polnischen Gesellschaft befindlichen Zinkhütten zu Kohzink verhüttet und dann den deutschen Bergwerken des Konzerns zur Zinkblecherzeugung zur Verfügung gestellt. Im übrigen wurde die seit dem Tode des alten Guido beobachtete Beschränkung auf die Kohlen-, Zinkhütten- und Bergwerksproduktion fortgesetzt, eine Politik, die den heute sehr bescheiden amnuienden Konzernresten angelehnt der immer heftiger werdenden Krise in der Schwerindustrie gut bekommen dürfte. Im Gegensatz zu den meisten bisher bekanntgewordenen Geschäftsabstufungen verteilt die Schlesische Bergwerks- und Hütten-A.-G. auch eine Dividende, und zwar von 6 Proz. auf ein Kapital von 16,67 Millionen Mark. Der Rohgewinn abzüglich aller Geschäftskosten und Steuern beträgt 2,2 Millionen Mark, von dem 1 Million Mark auf Abschreibungskonto geht. Die Steinkohlenförderung auf Karsten-Zentrum betrug 1924 689 000 Tonnen gegenüber 535 000 Tonnen und 600 000 Tonnen in den beiden Vorjahren. Wie im Ruhrgebiet hat die Förderleistung je Schicht im Jahre 1924 wieder 0,89 Tonnen erreicht gegenüber 0,95 Tonnen im Jahre 1913. Das sind rund 94 Proz. Es wäre rein betrieblich an der Zeit, daß die Hauerlöhne wieder stärker an den Realwert von 1913 herangeführt würden. Die Zinkförderung (24 000 gegen 29 000 Tonnen im Vorjahr) ist um 5000 Tonnen zurückgeblieben, was wesentlich auf die Stilllegung der Gewerkschaft Neue Viktoria zurückzuführen ist, die zu schlechte Erze förderte. Die Bergwerke (9046 gegen 7078 Tonnen im Vorjahr) produzierten 1924 mehr. Dem einzigen Berg im Ruhrgebiet, das Kaiser Zinkwerk, wurde am 1. Oktober 1924 die Feinzinkhütte Reisholz angegliedert, um Frachtkosten zu sparen.

Als neues, vollständig unschädliches Mittel gegen Schlaflosigkeit u. nervöse Aufregungszustände hat sich der nat. gesch. — reinpflanzliche **Sommervin-Tee** hervorragend bewährt.

Nehmen Sie nichts anderes — à 2 Mk. in den Apotheken. In Berlin sicher: Eleanten-Apotheke, Leipziger Straße 74, Germania-Apotheke, Lothringer Str. 50.

Musikaufträge überläßt man nur dem Radweiser des Deutschen Musiker-Bundes Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4210). Geschäftszeit 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Für Musik-Beraterbesuch

Prüfung in

NEUE WENESTI

Drifftung 1925

Fervor 5 1/2

Samum 4 1/2

Scherif 3 1/2

Silberpfennig
Neubau fertig

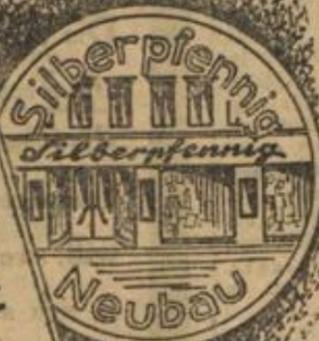
Unser Pflingstverkauf

hat nach Vollendung unseres Baues begonnen. — Riesenauswahl vom Einfachsten bis zum Elegantesten in

Herren- u. Knaben-
Damen- u. Mädchen-
Garderobe

Alles, was Sie kaufen, erhalten Sie trotz unserer billigen Preise nach unserem bewährten System

auf bequemste
Teilzahlung!



Silberpfennig

Müllersstrasse 182-83
direkt am Weddingplatz, U-Bahn Reinickendorferstr.



Dine Motor läuft

Darf Öl und Schmutz an meinen Händen!
Was kann zum Reinigen ich verwenden?
Da sprichst Du mir: 'Wachsmarmorseife'!
Was ist das für ein Wundermittel?
Wachsmarmorseife macht die Hände
Waschspott die Haut, nimmt Schmutz hinweg!

Prof. Dr. Schleich's **Wachsmarmorseife**
in blauer Blechdose, frisch gepackelt ist
in jedem einschlägigen Geschäft zu haben.

Wichtig! Beachten Sie besonders das **Insert!**
Sammeln Sie die Deckel der leeren Dosen!
CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH GMBH BERLIN NW6

Am 18. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, ver-
schied nach kurzem, schwerem Leiden
im 65. Lebensjahr meine liebe Frau,
unser gute Mutter, Schwiegermutter
und Großmutter, Frau
Wilhelmine Schmidt
geb. Jandt.
Oskar Schmidt, nicht Kindern-
und Enkelkindern.
Die Einäscherung findet am Mont-
tag, den 23. Mai, nachm. 3 Uhr, im
Krematorium Baumgartenweg statt.

Asthma
Ihres Nieses durch
Reichs erste
Asthma-Tropfen,
berühmt durch ihre
Wirkung. 22. 23. 24. 25.
Propheten und Apo-
theken erhältlich, jedoch
nicht nur mit Firma
Otto Reichel, Köln 43,
50, Girenbahnstr. 1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Drücker Achtung!
Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags
4 1/2 Uhr, bei Casper, Coulter Str. 25:
Versammlung
aller Drücker, die als Meister
oder Vorarbeiter tätig sind
Achtung! Betriebsräte Achtung!
Die Betriebsrats-Versammlung Nr. 10
ist erschienen und kann gegen Vergütung
der Legitimationskarte des Betriebsrats-
ammanes in unserem Bureau, Ein-
lenne 81/85, Zimmer 8, eingesehen werden.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Feitag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, im Saal 4 des
Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/25:
Außerordentl. Generalversammlung.
Tagung: 1. Stellungnahme zum Verbands-
tag, 2. Verbandsoberleitungsstellen.
Mitgliedsausweis und Delegationskarte legitimieren.
Sollfähiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Metallbetten
Stahlmattens-, Kinderbetten dir. an Priv.
Katz 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.



Die beste Verbindung

Ihrer Bed. u. Best. lassen
sich abwechseln!

Wohlgelungenes Geschäfts-
leben erstreckt sich über

4 Etagen

Auf der 1. Etage: bester Kredit!
Qualitätswaren! Das Beste!

Herren-Anzüge

Damen-Anzüge

Kinder-Anzüge

Sport-Anzüge

Frühjahrs- u. Winter-
Garni-Mäntel

Sport-Hosen / Windjacken
hochparter Modelle

Damen-Mäntel

Sport-Kostüme

Strassen-Kostüme

Complet-Kostüme

Kasack-Kleider

Sport- und Reise-Mäntel

in verschiedenen Stagen

Gardinen / Teppiche

Stoppdecken

Gewaltige Möbel-Lager

A. DAMITT

Rosenthaler

Str. 45/47

Im Hause
der
Rotes
Apothek's

Damentaschen-Fabrik
Waterblaas-Rosset. n. 20/ 10.00
Echt Seifen 0.50
Coupé-Koffer von 5.00 an
Auch Einzelverkauf!
Lederwarenfabrik Mehel
Reinickendorfer Str. 10, zwisch. Weddingpl. u. Reinickendorferstr.

Gefangene des Todes.

Von Erich Grisar (Dortmund).

Auf dem Grabe der Opfer von „Minister Stein“ blühen die ersten Blumen. Auf die Herzen der Trauernden legte sich erstes Vergessen. Da reißt die heilende Wunde von neuem auf.

Wieder wehen die trauerumflorten Fahnen über der Stadt. Wieder fand in dem kunstvollen Gewebe moderner Produktionsmethoden der Tod eine Wäsche, durch die er schlüpfen konnte. Bier- und Bierzig Menschen bezahlten einen Rechenfehler, eine Nachlässigkeit, ruhende Boshafheit gegen die Drohungen des Todes mit ihrem Leben, denn unerbittlich ist der Tod. Keinen Fehler läßt er unbefraßt.

Vor wenigen Wochen ein überreifes Kommando, und 80 junge Menschen ertranken in der strömenden Bese. Tage darauf in Eilen-Karnap ein verkehrter Hebelgriff. Statt Gegendampf strömt Frischdampf in eine tadellos funktionierende Fördermaschine. Zwölf Frauen trauern um ihre Männer.

Roch sind die Leiden von Herne unvergessen. Ueber der Gegend, die in all ihrer Schönheit sich dehnt in der hellen Sonne des Frühlings, lastet das Grauen. Längstvergeßene „Spötenfieler“ trauern sich aus den dunklen Winkeln des Aberglaubens ins Licht eines überflugen Jahrhunderts. Aus ihrem zahllosen Munde fällt das Wort: der Tod geht um in Westfalen. Die rote Erde ist sein Gebiet. Westfalen, das Land der Technik, der Maschinen und Wunder, in dem die Menschen wohnen, die blutgetauft ausgingen den Tod zu besiegen. Und ihn doch nicht bezwangen. Roch nicht, denn immer wieder findet er den Weg in die Reihen der Männer, die pflichtgetreu ihrem Werk nachgehen. Um Brot zu schaffen für sich und ihre Kinder. Es ist ein tägliches Brot, das die Grube gibt. Aber es ist ein Brot. Und ein furchtbares Schwert hängt die Drohung über jedem: Entlassung.

Auch auf der Zeche Dorfheld wollte man in dieser Woche einen Teil der Belegschaft entlassen. Einen Teil derer dem Hunger übergeben, die in Zeiten der Not und Bedrückung aushielten für Brot und Wert.

Und nun kann man die Liste vernichten. Der Tod stellt eine neue auf und stellt die Vergeßlichen zur Befinnung. In vernünftig registrierter Gesellschaft würde man jetzt ruhen: hier stimmt etwas nicht. Hier schlich sich ein Fehler in unsere Rechnung. Hier rufen wir Halt!

Die Gesellschaft der Stinnes, Klöner und Hugenberg schickte ihre Reporter, die zu Duzenden im Sinne ihrer Auftraggeber über den „bedauernswerten“ Fall berichteten. Photographen nehmen ein Bild des Schöchtes und der ihn umlagernden Menge auf und gehen. Zu einem Ball vielleicht. Oder ins Bad. Elegante Toiletten festzuhalten für ihre Zeitung oder Bilder von Pferden und Jockeys.

Aber keiner findet Zeit, sich genauer umzuschauen, in die Häuser hineinzugehen, in denen die Frauen und Kinder, die zwei Tage lang in Ungewißheit vor den Toren der Zeche sich drängten, nun erschlagenen Vater und Gatten betrauern. Keiner versucht, das Elend wiederzugeben, das nicht erst seit gestern hier herrscht. Oder das Gesicht eines Lebenden Bergmanns zu filmen und es zu zeigen neben dem Anstich einer wohlbehüteten Dame.

Oder hat jemand die niederen Paraden photographiert, die dicht unter den qualmenden Schloten liegen und im Kriege für gefangene Kuffen erbaut wurden? Die in ihrer Dürftigkeit aber seit Jahren schon denen zur Wohnung dienen, die tagaus, tagein in die Grube fahren, aus der nun wieder ein halbes Hundert Tote ins Licht heraufgeholt wurden. O, es hat keiner diese Paraden gesehen. Der Schmerz der Trauernden in ihnen bleibt einsam wie der Schmerz aller Gefangenen, denn sind auch nicht sie Gefangene, gleichwie die ehemaligen Bewohner ihrer Paraden? Sind nicht wir alle Gefangene? Wir, die wir die Schätze der Erde herausholen aus der dunklen, gefährlichen Tiefe?

Gefangene des Todes!
Und für wen?
Für wen, das ist heute und immer die Frage, bis die befreiende Tat unserer gewandesten Gesinnung die Antwort gibt:
Für uns!

Eine ärztliche Behandlungsstelle.

Von Dr. med. Norbert Marx.

Das Berliner Proletariat, das durch immer zahlreicheren Besuch der Ambulatorien seine Zufriedenheit mit diesen sozialhygienischen Schöpfungen der Krankenkassen zeigt, wird es interessieren, daß auch in der Provinz mit der Errichtung von Kassenambulatorien begonnen wurde. So ist jetzt u. a. eine Broschüre von Otto Dreyer erschienen, die uns über die Gießener Einrichtungen näheres mitteilt.

Wenig wie in Berlin wurde die dortige Kasse durch den vom Leipziger Verband mutwillig erklärten vertraglosen Zustand gezwungen, die Behandlung ihrer Mitglieder und deren Angehörigen in eigene Regie zu nehmen.

Ueber den Wert und die Vorteile der Ambulatorien für das Proletariat ist unseren Lesern schon des öfteren berichtet worden, aber gerade wegen ihrer großen Bedeutung für die Volksgesundheit müssen wir immer wieder diese Tatsachen den breiten Massen ins Gedächtnis rufen. Die festangestellten Ärzte haben kein materielles Interesse an ihren Patienten und brauchen deshalb „keine Kranken zu plösten oder Krankenschwestern zuzusehen, die durch Simulanten zu betören und Kassengelder zu vergeuden“. Durch ihre persönliche Sicherstellung sind die Ärzte der deutschen Sozialversicherung imstande, sich voll und ganz ihren Patienten zu widmen und können noch in der freien Zeit sich in den Dienst der Volksgesundheit auf dem noch sehr im argen liegenden Gebiet der Volksgesundheit stellen.

Welchen Anhang diese Behandlungsstelle in Gießenermünde schon gefunden hat, ergibt sich daraus, daß sehr häufig Privatpatienten kommen, die infolge der gesetzlichen Bestimmungen nicht behandelt werden dürfen und ihre notgedrungenen Abweilungen sehr oft nicht einstellen wollen. Diese Frage der Behandlung von Privatpatienten durch von gemeinnützigen Institutionen eingerichteten Behandlungsstellen könnte vielleicht dadurch gelöst werden, daß diese Patienten nach den Mindestsätzen der preussischen Gebührenordnung behandelt würden.

Gerade zur Vorbeugung und Verhütung der Tuberkulose, der typischen Proletariatskrankheit, wird es die Aufgabe des Stadt- und Schularztes, der Lehrer und Gemeindevorstände sein, Hand in Hand mit der Leitung des Instituts zu arbeiten, um den Bedürftigen die Wohlthaten der medizinischen Wissenschaft zuteil werden zu lassen. Besonders in kleinen Orten, zu denen auch Gießenermünde gehört, liegt die vorbeugende Fürsorge noch sehr im argen und deshalb wird das genannte Institut, das mit erstklassigen Apparaten ausgestattet ist, Vorbildliches zum Wohle der Versicherten und ihrer Angehörigen leisten können.

Ruhmesblätter der Justiz.



„Was ist denn da los?“ — „Der verantwortliche Redakteur des Vorwärts hat eine Berichtigung nur unvollständig abgedruckt!“

Sehr zu begrüßen ist die Einrichtung einer Küche zur Spölung der zu bestrahlenden Kinder, die bis jetzt wegen ihrer Unterernährung von den Ärzten unberührt wurden, und bei Einstellung der Schulspölung ohne jede besondere Hilfe bleiben würden. Institute ähnlicher Art befinden sich im Linienverkehr nach in Sebaldrück bei Bremen, das von den Eisenbahnbetriebskrankenkassen, und in Oldenburg, das von der dortigen Ortskrankenkasse geschaffen wurde.

Bei dem Wert der ärztlichen Großbetriebe für die Volksgesundheit, die durch Zusammenfassung der neuesten Errungenschaften der medizinischen Technik und ärztlichen Wissensschatz den Versicherten und ihren Angehörigen Zeit und Geld ersparen und ihnen die Arbeitsfähigkeit auf rationellstem Wege wiedergeben, müssen wir verlangen, daß im Volksinteresse alle Vorordnungen aufgehoben werden, die mit der freien Arztwahl den für die heutige Zeit unzulänglichen und vollkommen überlebten ärztlichen Zwerghetrieb begünstigen.

Daß die Ambulatorien einem tiefgefühlten Bedürfnis der breiten Massen nach einer eingehenden gewissenhaften ärztlichen Behandlung und Beratung entsprechen, zeigt also nicht nur die Frequenz der Berliner Kassenambulatorien, sondern auch diejenigen in der Provinz, von denen wir hier über das Gießenermünder Bericht geben.

Die Entdeckung der „blauen Grotte“.

Die blaue Grotte auf Capri gehört heute zu den größten Sehenswürdigkeiten, die jeder Tourist besucht haben muß, und nicht zum mindesten dadurch hat die schöne Insel im letzten Jahrhundert eine so große Bekanntheit erlangt. Die Entdeckung dieses wunderbaren Naturdenkmals ist dem deutschen Dichter August Kopisch zu danken, den man als den Verfasser der „Reisebeschreibungen von Röll“ und anderer lustiger Gedichte kennt und der im Jahre 1825, gerade vor 100 Jahren, diese Tat vollbrachte. Man hat behauptet, daß er nicht der erste gewesen sei, der in die Grotte eindrang, und gemäß mögen sie Fischer schon die und da vorher ausgehakt haben. Aber erst sein mutiges Eindringen erschloß das Naturwunder der Allgemeinheit, und durch die berühmte Beschreibung seiner Entdeckung hat er sie allgemein bekannt gemacht.

Die Fischer hielten sich von der Grotte ängstlich fern, weil darin der Teufel mit vielen bösen Geistern wohnen sollte; man munkelte, er hätte zwei Geistliche geholt, die sich vor 200 Jahren hineingewagt hätten. Der Notar Don Giuseppe Vagano, der Besitzer des bekanntesten Gasthofes auf Capri, machte Kopisch auf diese Wertmüdigkeit aufmerksam; er glaubte, daß eine oberhalb der Grotte befindliche Ruine von einem der Paläste des Liberius herührte, von dem ein geheime Weg in die Grotte geführt haben müsse. Der Bruder des Notars, ein Kanonikus, warnte aber aufs dringendste vor dem Besuch des verurteilten Ortes, von dem er die schauerlichsten Wären erzählte: „Zusammen erblühte man Feuer darin, zuweilen sah man Tiere wie Kraken daraus herpor. Der Eingang veränderte sich täglich siebenmal und sei bald weiter, bald enger. Sei Nacht säßen die Sirenen darin, und inwendig sei alles voll von Totengedainen. Dann und wann schreie es darin, wie kleine Kinder. Mädchen und Knaben sei das Allergewöhnlichste, was man da vernähme; auch sei es gar nichts Seltsames, daß junge Fischer in jener Gegend verschwänden.“ Ein Fischer, der dort unvorsätzlich mit der Harpune einen Reemmann verwundet hatte, der ihm in Gestalt eines großen Fisches erschien, sollte auf Gnädigste Weise verborrt sein.

Trotzdem wagte Kopisch zusammen mit dem Maler Fries und einem tüchtigen Barkenführer die Fahrt. Der Kanonikus los unterdessen eine Messe für die Waghalsigen, deren sichern Tod er fürchtete. Der Barkenführer drang zuerst ein, in seiner Rufe schwimmend und eine andere Rufe mit einem Beschauer vor sich

herstehend. Dann folgte Kopisch schimmend, und nach vor sein Schreck, als er das Wasser unter sich sah, „gleich blauen Flammen entzündeten Weingeistes“. Er dachte im ersten Augenblick an eine vulkanische Erscheinung, und erst bei späteren Besuchen wurde ihm die Ursache der wunderbaren farbigen Erscheinung klar, in die alle Gegenstände des mit Stalaktiten bedecktem Innern getaucht sind. Sein Vorschlag, die Grotte „Grotta azzurra“ zu nennen, wurde von Don Vagano zunächst abgelehnt, weil „azzurra“ auf Capri niemand versteht, aber als ihm Kopisch sagte, die Fremden würden es gut verstehen, da er mit der Taufe der azurnen oder blauen Grotte einverstanden.

Eine bedeutsame Freiballonfahrt. Der im Jahre 1869 von Herrn H. von Gminnar gestiftete und bisher nie erprobte Preis für die erste Freiballonfahrt nach Rügen wurde jetzt dem Berliner Ingenieur Dr. Halben für seine Reise nach Rügen-Rügen vom 22. Februar 1925 zuerkannt.

Es kennzeichnet die Fortschritte der Kunst, den Freiballon durch Ausnutzung der in verschiedenen Höhen wechselnden Windrichtungen ans Ziel zu steuern, daß bei Stiftung des Preises die gefällige Aufgabe, den Ballon von einem mindestens 20 Kilometer entfernten Aufstiegsplatz aus in 5 Kilometer Umkreis um das Gymnasium Rügenburg zur Landung zu bringen, bei der Lage des Zielpunktes an einem dammartig den Rügenburger See teilenden schmalen Landstreifen als äußerst schwierig galt. Jetzt hat Dr. Halben die Anforderungen und Erwartungen des Stifters weit übertroffen, indem er das Ziel aus mehr als der 16fachen Entfernung auf einem Umweg von 370 Kilometer Fahrstrecke in acht Stunden erreichte und den Ballon noch auf dem Seedamm selbst zwischen beiden Seeabschnitten — was damals für unmöglich angesehen wurde — in nur 1 Kilometer Entfernung vom Ziel auf dem fast einzigen und nächsten neben der den Damm überfahrenden Eisenbahn verfügbaren schmalen Streifen Schwemmland zur Landung gebracht. Und das noch bei 62 Kilometer Windgeschwindigkeit während der letzten Fahrtstunde, ohne den Ballon zu entleeren! Nur eine eigens erdachte Landetechnik vom See aus ermöglichte bei so starkem Winde eine solche Zwischenlandung, die sehr glatt und sanft in nur 1 Kilometer Entfernung vom Seeufer erfolgte.

Bemerkenswert wurde der kleine Ballon „Tribanus“ des Dresdner Vereins für Luftfahrt, der mit seinen nur 600 Kubikmeter Gas außer dem Führer zwei schwere Mitfahrer befördern konnte.

Wenig Bisons gibt es noch? Es erregte ein gewisses Aufsehen, als vor einiger Zeit bekannt wurde, daß die kanadische Regierung im Buffalo-Park bei Winnipeg 2000 Stück der gefährlichsten amerikanischen Bisons („Buffel“) hat abschießen lassen. Von den riesigen „Buffel“-Herden, die einst Nordamerika bevölkerten, waren Anfang 1888 nur noch 833 Stück den großen Schächtereien der Buffeljäger entgangen. Dieser räudige Rest wurde in Schutz genommen und im Old-Island und Buffalo-Park gehütet. Die Regierung gab sich große Mühe, die anscheinend dem Aussterben verfallenen Tiere zu vermehren. Ihre Bemühungen waren von einem zu gutem Erfolge begleitet; denn allmählich trat eine Uebervöllerung der Schutzgebiete mit Buffelbison ein. Man hatte es veräumt, durch geeignete Maßnahmen die Zahl der Tiere entsprechend der Größe der Schutzgebiete zu beschränken; daher war die Zahl der Bisons im Buffalo-Park Ende 1923 auf 8200 Stück angestiegen. So entschloß sich die kanadische Regierung dazu, 2000 der vorher so sorgsam gehegten Tiere abzuschließen, um den Bestand lebensfähig zu erhalten. Nach dem erfolgten Abschluß dieser Tiere ist die Zahl der heute in ganz Nordamerika lebenden Bisons (Bison americana) auf etwa 15000 zu schätzen. Ein Aussterben der berühmten „Buffel“ ist also nicht zu befürchten!

